

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kiffinghaus, Berlin.
Telefon: Fritz Dönhoff 4196/4195



Anschrift für Verlag und Geschäftsleitung:
Berlin O 3 61, Delle-Alliance-Platz 6
Druckanschrift: Expedient

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Rückzahlung Selbstkosten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 25. Juni 1931

Intern. Inst.
Soz. Geschichte
Amsterdam

Auf dem Wege zum Faschismus.

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Kairo, Mitte Juni (Eig. Bericht)

Mit der fortschreitenden Konsolidierung der Regierung Sedky wird allmählich auch ihr wahrer Sinn erkennbar. Ursprünglich als Schildhalterin des königlichen Hauses bei seiner Auseinandersetzung mit dem Parlament gedacht, erweist es sich von Tag zu Tag stärker, dass Sedky Pascha in Wirklichkeit der Wegbereiter für die Umwandlung Aegyptens in ein Staatsgebilde nach faschistischem Rezept ist und dass er diese Aufgabe mit grossem Geschick und erstaunlicher Zähigkeit zu verwirklichen sucht.

Als Bilanz der jüngsten innerpolitischen Auseinandersetzungen stellt sich heraus, dass sie das Vorspiel eines kalten Staatsstreichs gewesen sind, der dazu gedient hat, die politische Macht des Grossgrundbesitzes, der Advokaten und der städtischen Intelligenz zu brechen, um dafür einen vom Bank- und Industriekapital dirigierten Ständestaat unter der Devise Kooperation des gesamten in Gilden organisierten Volkes nach neuitalienischem Vorbild zu etablieren. Den ersten Schritt in dieser Richtung hat der Ministerpräsident mit der Gründung einer Jugendvereinigung unternommen, die zu seiner persönlichen Leibgarde bestimmt ist. In ihr sollen die Führer herangezüchtet werden, die das neue Aegypten braucht. Durch den geschickten Appell an machthungrige und ehrgeizige Intellektuelle, der durch reichliche Subventionen noch schmackhafter gemacht wird, ist Sedky Pascha im Begriff, sich eine Gefolgschaft zu organisieren, auf die er sich genau so verlassen kann wie Mussolini auf seine Schwarzhemden vor dem Marsch auf Rom.

Die Vorbereitungen Sedkys zur Etablierung der unverfälschten Diktatur in Aegypten vollziehen sich dank der diplomatischen Kunstlerschaft des orientalischen Politikers in einer Form, die in England bisher nicht den geringsten Argwohn erregt hat. Mit Hilfe dieser geschickten Taktik hat der Ministerpräsident erreicht, England in wohlwollender Neutralität zu halten und den Wafd gleichzeitig auf seinem Kampfgebiet den Strassen der Hauptstadt entscheidend zu schlagen. Dieser Erfolg wurde vorbereitet durch die Gewinnung des Offizierkorps in der Armee und in der Polizei, während gleichzeitig ein reicher Geldsegen auf die Mannschaften herniederging. Diese Massnahmen haben ihm neben dem Sieg über die Hauptstadt auch die Erhaltung der Ruhe in der Provinz ermöglicht.

Dem neuen auf Grund eines reaktionären Wahlrechts und von Wahlfälschungen zusammengebrachten Parlament ist die Aufgabe zugebracht, das politische Leben und die Wirtschaft Aegyptens gesetzgeberisch in den Rahmen dieses Ständestaates zu pressen. Den Anfang der Arbeit wird die Sanktionierung der Verordnung bilden, die der Existenz politischer Parteien auf dem Verordnungswege ein Ende macht. In der Erkenntnis von der wachsenden Bedeutung des sozialen Problems in der ägyptischen Politik hat das Arbeitsministerium zugleich den Auftrag erhalten, die Arbeiterpolitik des Wafd durch die baldige Ausarbeitung einer "Charta dei Lavoro" nach italienischem Muster zu konterkarieren. Gleichzeitig soll das Personal der Eisenbahnen, das sich in den Wahlwirren als zu radikal erwiesen hat,

auf militärischer Grundlage reorganisiert und vor der Inflation durch gewerkschaftliche Ideen geschützt werden. Zu diesem Zweck wird der bisherige Generaldirektor der Staatsbahnen, General Abdul Hamid Pascha Soliman, der wafdistische Sympathien verdächtig ist, durch einen zuverlässigen Vertrauensmann Sedkys, einen ehemaligen Minister für öffentliche Arbeiten, Mohammed Schefik Pascha, ersetzt werden.

Als Ergänzung zu den innerpolitischen Erfolgen bereitet der Ministerpräsident ein Glanzstück auf dem Gebiet der Aussenpolitik vor. Er ist dabei, sich für ein anglo-ägyptisches Abkommen die Freundschaft der im Sudan schwer geschädigten englischen Hochfinanz zu sichern. Die Lage der Baumwollunternehmen im Sudan, in denen von Banken und Privatspekulation über 100 Millionen Pfund investiert worden sind, ist durch die Krise auf dem internationalen Baumwollmarkt, durch unsachgemässe Betriebsführung und eine falsche Arbeiterpolitik katastrophal geworden. Diese Situation nutzt Sedky Pascha psychologisch sehr geschickt aus. Er hat den notleidenden englischen Kapitalisten das Angebot gemacht 15 Millionen Aktien der sudanesischen Pflanzungsgesellschaften durch den ägyptischen Staat zu übernehmen. Als Gegenleistung fordert er die Verrechnung von 10 Millionen für den Kauf ägyptischer Baumwolle durch die englische Textilindustrie, während der Rest bar in jährlichen Raten gezahlt werden soll. Für den Fall, dass dieser Plan gelingt, hat Sedky Pascha zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen. Einmal gewinnt er die Unterstützung der in kolonialen Fragen immer noch massgebenden Londoner City bei den kommenden Auseinandersetzungen über den Sudan und zum zweiten kann es ihm gelingen, Aegypten von der Bürde seiner alten Baumwollvorräte zu befreien, die wegen ihrer Unverkäuflichkeit nutzlos in den Lagazinen der Regierung zu verkommen drohen. Darüber hinaus hat Sedky Pascha für die bevorstehenden Verhandlungen mit England noch einen anderen wichtigen Trumpf in der Hand. Er ist gewillt, Grossbritannien die sehnlichst erwünschte Verlängerung der demnächst ablaufenden Suez-Kanalkonzession zuzugestehen. Als Gegenleistung hierfür soll Aegypten eine Abfindung von mehreren Millionen Pfund erhalten, die für Notstandsarbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit Verwendung finden sollen.

Der indirekte Vorteil im Fall der Realisierung dieser beiden Transaktionen wird nicht minder gross sein als der direkte. Sie sichert Sedky Pascha auf lange Zeit hinaus die wohlwollende Neutralität jeder englischen Regierung und schafft daneben eine günstige Atmosphäre für die Erfüllung der ägyptischen Wünsche zur Mitbestimmung im Sudan, der in der neuen Wirtschaftspolitik als Auswanderungsgebiet für die landlosen Fellachen eine wichtige Rolle spielen wird. Keiner der Vorgänger des Ministerpräsidenten war bis jetzt im Stande, soviel in der heissumstrittenen Sudanfrage von England herauszuholen. Dieser Erfolg wird Sedky Paschas Prestige selbst in den Augen der extremen Nationalisten bedeutend stärken.

Dieser grossangelegten Politik haben weder Wafd noch Liberal-Konstitutionelle einen gleichen Gedanken entgegenzusetzen. Ihre Haltung diesen Plänen gegenüber ist sehr schwankend, weil sie sich mit Recht vollkommen hinausmanövriert fühlen. Tatsächlich konnte der Sturz der Diktatur nur vor den Parlamentswahlen auf den Barrikaden erzwungen werden. Als dies nicht geschah, war das Spiel für die ägyptische Demokratie vorläufig verloren. Aegypten wird deshalb das faschistische Experiment wie so viele andere Kunststücke seiner jeweiligen Herrscher über sich ergehen lassen müssen, bis sein ländliches Proletariat für die Macht reif geworden ist.

SPD: Paris, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die sozialistische Kammerfraktion hat die Erklärung ihres Vorstandes über den amerikanischen Vorschlag am Donnerstag einstimmig gebilligt. Die Abgeordneten Renaudel und Paul Boncour wurden beauftragt, die Haltung der Fraktion in der Kammerdebatte am Freitag zu begründen. Die Redner sollen die Aufmerksamkeit der Regierung darauf lenken, dass die Probleme des Aufschubs der Schuldentilgung

gen, der wirtschaftlichen und finanziellen Abkommen und die allgemeine Abrüstung als miteinander verknüpft zu betrachten sind. Ausserdem hat die Fraktion beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Anregung des Reichskanzlers Dr. Brüning hinsichtlich einer deutsch-französischen Ministerzusammenkunft in günstigem Sinne zu beantworten.

Der Vorschlag Brünings wird jetzt von der gesamten Linkspresse unterstützt. So schreibt die radikale "Volonté": "Briand und Laval müssen Brüning und Curtius ohne Zögern einladen. Die zweiseitigen Verhandlungen, die seit Thoiry unterbrochen sind, müssen wieder aufgenommen werden und die französischen Minister müssen den Mut haben, in aller Freiheit zu handeln, ohne sich vorher durch Reaktionen einer Kammer schrecken zu lassen, die das europäische Versöhnungswerk bisher leider nur mit Unwillen zu ertragen oder gar verhindern zu wollen schien. Das Gewerkschaftsorgan "Le Peuple" begrüsst den Appell Brünings an eine enge deutsch-französische Zusammenarbeit und erklärt, die Geste des Reichskanzlers könne eine grosse Bedeutung erlangen, wenn man wenigstens in Frankreich das Tragische der Lage Deutschlands und die Gefahren verstehen wolle, die eine wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe sofort nach sich ziehen würde.

Das nationalistische "Journal des Débats" spricht sich zwar nicht grundsätzlich gegen direkte deutsch-französische Verhandlungen aus, erklärt aber, dass sie nur nützlich sein würden, wenn die französische Regierung entschlossen sei, Deutschland mit der nötigen Festigkeit zu sagen, dass es ein für allemal auf seine imperialistischen Pläne verzichten müsse. Wenn man aber zögere, diese Forderung zu stellen, wäre es besser, sofort auf eine solche Zusammenkunft zu verzichten. Sie kann dann nur ein neues Thoiry werden.

SPD. München, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

In Bayern besteht seit Jahresfrist eine ministerielle Anordnung, nach der politische Demonstrationen unter freiem Himmel verboten sind, wenn sich daran Leute in Parteiuniform beteiligen. Diese Anordnung wirkt sich bei ihrer praktischen Handhabung sehr oft zur Schikanierung der linksgerichteten Bevölkerung (Reichsbanner, Arbeitersportler, Arbeiterjugend) und zur Begünstigung der Hakenkreuzrowdys aus. Trotzdem verlangten die Nazis im Landtag die Aufhebung der Anordnung. Der Schuss ging aber nach hinten los. Der Antrag wurde nur von den Deutschnationalen unterstützt und infolgedessen abgelehnt; während die übergrosse Mehrheit des Verfassungsausschusses sich auf den Standpunkt stellte, dass die bisherige Anordnung eine Halbheit sei und die Ungerechtigkeit im Vollzug unter allen Umständen verschwinden müsste. Darüber hinaus wurde an die Regierung der Appell gerichtet, ihre Exekutive nach folgenden Gesichtspunkten auszunutzen:

1. öffentliche Aufzüge zu politischen Demonstrationen sind grundsätzlich zu verbieten,
2. das Tragen von Parteiuniformen auf der Strasse ist völlig zu untersagen.

Ausserdem soll die Soldatenspielerlei und das Postenstehen der Hitlergarde vor dem Braunen Haus unterbunden werden.

Der Berichterstatter des Ausschusses Schäffer (Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei) erklärte es als eine Satire auf den Staatsgedanken, wenn die Polizei untätig zusehen müsse, dass im Hauptquartier der Nationalsozialisten ein Staat im Staate sich aufmache und eine Prätorianergarde vor dem Cäsarenpalast einen eigenen Staatsgedanken repräsentiere. Kein Staat könne das dulden, wenn er auf seine Ehre noch etwas halte. Die Sozialdemokraten geisselten mit scharfen Worten die bisherigen Unterdrückungsmethoden gegenüber der freien Arbeiterbewegung und erklärten sich mit einer Verschärfung des sogenannten Uniformverbots nur dann einverstanden, wenn der Vollzug künftig polizeilich gerecht gehandhabt und der staats-treue Teil der Bevölkerung nicht weiter geschädigt werde. Die Verhandlungen über den Erlass einer neuen Anordnung, die sich auf den § 8 der Notverordnung des Reichspräsidenten vom März d. J. stützt, sind noch im Gange.

SPD. München, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Wie aus dem Justizministerium verlautet, hat die Staatsanwaltschaft gegen den Stabschef Hitlers, den Hauptmann a.D. Ernst Röhm, ein verfahren wegen Vergehens gegen den § 175 des Reichsstrafgesetzbuches eingeleitet. Das Verfahren war schon vor den Veröffentlichungen der "Münchener Post" im Gange, wird aber jetzt auf die Tatbestände ausgedehnt, die aus diesen Berichten bekannt geworden sind.

Nach einer Mitteilung des hiesigen Hitlerblattes hat Feme-Schulz beim Amtsgericht München eine einstweilige Verfügung gegen die "Münchener Post" erwirkt, in der ihr auferlegt ist, die Behauptung künftig zu unterlassen, dass Schulz den Bericht vom 21. Juni d.J. über die Röhm-Affäre an Hitler geschrieben hat. Schulz erwirkte den Gerichtsbeschluss durch die eidesstattliche Versicherung, dass er nicht der Verfasser des Berichtes sei. In einer persönlichen Erklärung, die im "Völkischen Beobachter" abgedruckt ist, versichert er ausserdem, dass ihm von den behaupteten Tatsachen nicht das geringste bekannt sei und er Klage gegen die "Münchener Post" gestellt habe.

Da der Klagetenor des Herrn Schulz mit den gegen Röhm erhobenen Beschuldigungen sachlich nichts zu tun hat, kommt es grundsätzlich nur auf das Ergebnis der staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen an. Dabei wird sich wohl bald herausstellen, warum Röhm und seine leiblichen Freunde es bisher unterlassen haben, ihrerseits den Weg der Klage zu beschreiten; denn in dieser Angelegenheit steht allein die Ehrwürdigkeit der Röhm und Konsorten in Frage und nicht die des Feme-Schulz.

SPD. Es war nach der heftigen Kritik, die die Moskauer kommunistische Führung an dem Versagen der Gewerkschaftspolitik der KPD, insbesondere an der auf Befehl aufgezogenen revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) geübt haben, und nach verschiedenen Äusserungen prominenter KPD-Führer zu erwarten, dass eine neue Schwenkung befohlen werden würde. Dieser Befehl ist in Form eines Offenen Briefes des Vollzugsbüros der Roten Gewerkschaftsinternationale (Losowski) an das Reichskomitee der RGO eingetroffen.

In der Einleitung wird erklärt, dass vielleicht das eine oder andere Mitglied der RGO sage: "Wozu eine solche Veröffentlichung, wird der Gegner daraus nicht eine Lehre ziehen, wird er uns nicht herabsetzen und verächtlich zu machen suchen, wird er nicht sagen: neuer Befehl aus Moskau, die RGO-Leute müssen wieder eine Schwenkung vornehmen?" Aber Losowski zerstört diese wahrscheinlich zu erwartenden Zweifel, indem er weiterhin erklärt, dass auch die Ausnutzung seines neuen Befehls: "Kehrt marach!" die Rote Gewerkschaftsinternationale nicht abhalten könne, "mit leninistischer Selbstkritik die Mängel und Fehler in der Arbeit der KPD auszubessern."

Der Brief stellt zunächst fest, dass die Arbeit in den reformistischen und "anderen reaktionären Gewerkschaften" seit dem 5. RGI-Kongress sich nicht nur nicht gesteigert, sondern sogar noch vermindert habe. In den Funktionärskreisen der RGO seien Stimmungen vorhanden, wonach die Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften ein überwundenes Stadium wäre und wonach man als Kommunist jetzt einzig und allein sich auf die Organisation neuer Verbände konzentrieren müsse. Solche Anschauungen seien falsch und gefährlich. Wortlich fährt der Offene Brief dann fort: "Wir haben in Deutschland eine revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die bisher etwa 250 000 (?) Mitglieder umfasst und daneben reformistische und christliche Gewerkschaften, die 5 bis 6 Millionen Mitglieder zählen. Dürfen wir auch nur einen Augenblick die ungeheure Rolle vergessen, die diese Millionen spielen? Dürfen wir auch nur einen einzigen Augenblick aus dem Auge lassen, dass diese Millionen von Arbeitern, sobald unter ihnen revolutionäre Arbeit geleistet wird, zu Mitgliedern unserer Organisation werden können?" Diese Hoffnung ist zwar vergeblich, wie die 12 jährige Zersetzungsarbeit der KPD in den freien Gewerkschaften beweist, aber interessant ist das Eingeständnis der totalen Ohnmacht der sektiererhaften Gebilde, RGO genannt, von der sonst die KPD-Presse

immer behauptet hat, dass sie die entscheidenden Arbeiterschichten in den Betrieben und an den Stempelstellen hinter sich hätte.

Es folgt die übliche Hetze gegen die Sozialdemokratische Partei und gegen die mit ihr verbundene "reformistische Gewerkschaftsbürokratie". Dann verlangt der Offene Brief: "Wir müssen um jeden Arbeiter kämpfen, wo er sich auch befindet, welcher Organisation er auch angehören möge." Die Fragestellung, entweder Schaffung neuer Verbände oder Arbeit in den reformistischen Verbänden sei falsch es sei sowohl Festigung der RGO wie auch wieder die Belebung der Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften notwendig. Es könne nicht geduldet werden, dass 1500 Kommunisten innerhalb des DMV Berlins fast keine Arbeit leisteten. Nachdem weiter noch Kritik an den unzureichenden Vorbereitungen der von der KPD versuchten Streiks und Wirtschaftskämpfe geübt ist, wird gegen den "rechten Opportunismus und gegen die linkssektiererischen Stimmungen" zu Felde gezogen. Der rechte Opportunismus äussere sich in der Passivität bei einem Teil der Funktionäre der RGO und "in der Kapitulation vor der Gewerkschaftsbürokratie", eine linkssektiererische Stimmung sei die Auffassung, die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften habe keinen Zweck, sie seien "faschisiert" und stellten "gelbe Streikbrecherorganisationen" dar. Mit dieser letzten Kritik muss sich die KPD-Presse, die diesen Brief zu veröffentlichen hat, selbst ins Gesicht schlagen, denn sie hat seit Monaten diese nunmehr von Moskau gerügten irrsinnigen Charaktereigenschaften den freien Gewerkschaften angedichtet.

Das Vollzugsbüro der RGI verlangt vom Reichskomitee der RGO, dass sie an alle Sektionen, Betriebsgruppen und Funktionäre die Ordre der neuesten Schwankung in der Gewerkschaftspolitik durchgebe und sofort die Aufnahme der verstärkten Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften durchsetze. Alle Widerstände opportunistischer und sektiererhafter Art müssten überwunden werden. Diese neue Taktik skizziert die kommunistische Opposition dahin, dass Moskau die RGO-Anhänger instruiere, die freien Gewerkschaften von innen her zu zerstören, nachdem der von aussen her zur Zerstörung der Gewerkschaften unternommene Kurs zu einer völligen Pleite geführt habe.

Die Gewerkschaften werden also in nächster Zeit damit rechnen müssen, dass innerhalb ihrer Verbände die in letzter Zeit verschwundenen oder recht ruhig gewordenen Moskauer wieder zu wühlen und zu krakeelen beginnen werden.

SPD. Stuttgart, 25. Juni (Lig. Bericht)

In dem kommunalen Konflikt zwischen dem Reutlinger Oberbürgermeister Dr. Haller und der Mehrheit des Gemeinderats von Reutlingen hat die als Aufsichtsinstanz angerufene Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung eine Entscheidung getroffen, die den Versuch macht, die beiden streitenden Parteien wieder zu friedlicher Arbeit zusammenzuführen. Es ist festgestellt worden, dass der Oberbürgermeister selbst der Verfasser der anonymen Schmähschrift gegen die Gemeinderäte war. Da er aber eidlich versicherte, dass er nicht die Absicht einer Verbreitung gehabt hat, und da ihm der gute Glaube an die Wahrheit des Inhalts der Schrift zuerkannt wurde, nahm man von der Einleitung eines Dienststrafverfahrens gegen ihn Abstand. Ebenso wurde von einer Bestrafung der Stadträte wegen der erfolgten Dienstverweigerung abgesehen und anerkannt, dass die besonderen Umstände, unter denen sie erfolgte, dies nicht als gerechtfertigt erscheinen lassen.

Man wird nun abwarten müssen, ob dieser Versuch einer Friedensstiftung von Erfolg begleitet sein wird.

SPD. Als König Alfons von Spanien abgesetzt war und eine republikanische Regierung die Führung der spanischen Staatsgeschäfte übernommen hatte, richtete Trotzki an die neuen Machthaber in Spanien ein Gesuch um Einreisebewilligung. Dieses Gesuch wurde abgelehnt, und zwar, wie "Die Aktion", Zeitschrift für den Kommunismus, jetzt meldet, auf ausdrücklichen Wunsch der Sowjetregierung. Die Sowjetregierung habe in Madrid die Befürchtung äussern lassen, dass Trotzki versuchen werde, in Spanien für seine Idee zu werben und sich in den Sowjetniederlassungen, den Handelsvertretungen usw. Gesinnungsgenossen zu sammeln. Das bedeute eine innenpolitische Gefahr für Spanien, aber ebenso eine Gefahr für Sowjetrussland, während die Bedingungen, unter denen sich Trotzki zurzeit in der Türkei befinde, derart seien, dass Spanien dadurch vor Ungelegenheiten und Sowjetrussland vor der Verantwortung geschützt sei. Aus diesem Grunde dürfte sich empfehlen, hinsichtlich Trotzki den gegenwärtigen Zustand "im beiderseitigen Interesse" bestehen zu lassen.

Die Folge der Einmischung der Sowjetunion war, dass die spanische Regierung das Einreisegesuch Trotzki ablehnte. Ohne diese Einmischung wäre ihm wahrscheinlich stattgegeben worden.

SPD. Amsterdam, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die Gemeinderatswahlen in Amsterdam führten zu einer Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen von 103 000 im Jahre 1927 auf rund 124 000. Die Zahl der sozialdemokratischen Gemeindevertreter erhöhte sich von 15 auf 17 von insgesamt 45 Sitzen. Die Kommunisten erhielten 4 statt bisher 3 Sitze. Die bürgerlichen Mittelparteien haben beträchtliche Verluste erlitten.

In Haag erhöhte die Sozialdemokratie ihre Stimmzahl von 52 000 auf 58 000. In Rotterdam gab sie einen Sitz an die Kommunisten ab. Trotzdem bleibt sie mit 15 Vertretern die weitaus stärkste Fraktion im Stadtparlament.

Insgesamt konnte die Sozialdemokratie bei den bisher stattgefundenen holländischen Gemeindewahlen die Zahl ihrer Vertreter von 1101 im Jahre 1927 auf 1304, also um 203, erhöhen.

SPD. Prag, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag hat der Untersuchungsausschuss des Parlaments in der Korruptionsaffäre des ehemaligen Ministers Stribrny sein Urteil gefällt. Die bürgerlichen Parteien, vor allem der Führer der Nationaldemokraten, Kramarsch, hatten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um Stribrny zu retten. Die tschechoslowakischen und deutschen Sozialdemokraten beharrten jedoch darauf, dass Stribrnys Handlungsweise als unehrenhaft gekennzeichnet würde.

Im dem Beschluss des Ausschusses heisst es, dass die festgestellten Tatsachen, insbesondere die Tatsachen, dass während der Amtszeit des Abgeordneten Stribrny als Eisenbahnminister Kohlenlieferungen zur Eintreibung von Provisionen missbraucht wurden, eine ungünstige Meinung über Stribrnys Ehrenhaftigkeit begründen. Der Untersuchungsausschuss ersucht das Abgeordnetenhaus, seinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen, die Akten zwecks Einleitung weiterer Schritte an die Regierung zu übermitteln, damit für die Zukunft Vorkehrungen zur Bekämpfung ähnlicher Missbräuche getroffen werden können.

SPD. Paris, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Schatzsekretär Mellon ist am Donnerstag abend in Paris eingetroffen.

Mellon ist von der amerikanischen Regierung beauftragt, mit der französischen Regierung über die Annahme des Hoover-Vorschlages zu verhandeln bzw. -wie der Pariser Korrespondent des "Soz. Pressedienst" erfährt- den Versuch zu machen,

ein Kompromiss zustandezubringen. Ministerpräsident Laval und Aussenminister Briand, die von der Mission Mellons bereits offiziell in Kenntnis gesetzt worden sind, werden den amerikanischen Minister am Freitag empfangen.

SPD. Washington, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Staatssekretär Stimson, die rechte Hand Hoovers bei der Fertigstellung der Botschaft an die Welt, wird sich am Sonnabend, den 27. Juni, auf dem italienischen Dampfer "Conte Grande" nach Europa einschiffen. Stimson wird am 5. Juli in Neapel eintreffen, von dort zunächst Rom und anschliessend Paris besuchen. In Berlin beabsichtigt er, gemäss den schon vor Wochen getroffenen Vereinbarungen, am 21. Juli einzutreffen.

+ + +

Als Termin seiner Abreise nach Europa hat der Leiter der amerikanischen Aussenpolitik von Anfang an den 27. Juni in Aussicht genommen. Damals war von dem Plan Hoovers noch keine Rede, nicht einmal die amerikanische Regierung dachte auch nur im geringsten daran. Zunächst sollte sich Stimson in Europa über die wirtschaftlichen Verhältnisse informieren. Von dem Ergebnis dieser Reise wollten Hoover und seine Regierung eventuelle Aktionen abhängig machen. In der Zwischenzeit entwickelte sich die wirtschaftliche Lage Deutschlands immer unheilvoller. Sie wurde von Tag zu Tag schwieriger; wir standen kurz vor dem Chaos. In diesem Augenblick griff Amerika, nicht zuletzt um seiner selbst willen, ein. Hoover trat mit seiner Botschaft vor die Öffentlichkeit. Von allen Seiten kamen Zustimmungserklärungen zu dem Plan. Der Alpdruck, der auf Europa lastete, wurde von Tag zu Tag geringer. Berlin, London, Rom billigten die Botschaft "freudigen Herzens". Frankreich, dem durch Hoovers Plan die grössten Opfer zugemutet werden machte eine Ausnahme. Es kündigte eine Note und Verhandlungen mit Washington an. Diese Verhandlungen haben inzwischen begonnen, sie sind bisher aber noch nicht abgeschlossen worden.

In dieser Situation hat Staatssekretär Stimson in den letzten Tagen wiederholt bezweifelt, ob er den in Aussicht genommenen Abreisetermin werde einhalten können. Wenn er diese Zweifel jetzt persönlich durch die Ankündigung behebt, dass er sich am 27. Juni nach Europa einschiffen wird, dann ist das ein Beweis dafür, dass man in Washington den Plan Hoovers trotz der Verhandlungen mit Frankreich bereits für gesichert hält. Man darf also annehmen, dass der Plan am 1. Juli in Kraft tritt und Reparationszahlungen von Deutschland zunächst bis zum 1. Juli 1932 nicht mehr zu leisten sind.

SPD. Stuttgart, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Vorsitzende des ADGB, Peter Grassmann, sprach am Donnerstag auf dem Stuttgarter Verbandstag der graphischen Arbeiter über: "Die Gewerkschaften in Wirtschaft und Staat".

Die grosse Krise, so führte Grassmann aus, habe vielfach wie eine Revolution gewirkt. So sei jetzt auch im Lande des reinsten Individualismus, in den Vereinigten Staaten, der moderne sozialpolitische Gedanke, wie ihn Europa längst kennt, in den Vordergrund getreten. Die Krise habe Staat, Wirtschaft und Arbeiterschaft an den Rand des Abgrunds geführt. Die Lage der letzten Wochen sei zeitweilig so gewesen wie im Winter 1918/19. Dass die Arbeiterschaft, die unter den Schlägen der Krise am meisten zu leiden habe, mit grösster Leidenschaft ihre politischen und wirtschaftlichen Auswirkungen verfolge, verstehe sich von selbst. Gefühl und Verstand kämpften dabei miteinander. Das Gefühl sehe die Dinge anders als die Beurteilung durch kühle Überlegung. Partei und Gewerkschaften hätten sich in kritischen Stunden nur von einer ganz nüchternen Betrachtung der Dinge leiten lassen; denn nur so hätten sie der Arbeiterschaft dienen können, als der Kampf um die Notverordnung und die damit zusammenhängenden Fragen geführt worden sei.

Der Absturz der Währung, betonte Grassmann, war in unheimliche Nähe gerückt. Machthungrige Kreise standen bereit, der Regierung den Hebel aus der Hand zu reißen oder ein Direktorium zu errichten. Wäre es dazu gekommen - eine fürchterliche Katastrophe wäre über Deutschland hereingebrochen. Sozialdemokratie und Gewerkschaft hatten Verantwortungsgefühl genug, die Gefahren abzuwenden. Das Wort des kommunistischen Manifests, die Arbeiterschaft habe nichts zu verlieren als ihre Ketten, treffe heute nicht mehr zu. Die Arbeiterschaft habe auch jetzt in der Arbeitslosigkeit und nach dem Lohnabbau noch einiges und nicht ganz unwichtiges zu verlieren. Die für die Arbeiterschaft erkämpften Rechte und die für ihren weiteren Aufstieg geschaffenen sozialpolitischen und wirtschaftlichen Einrichtungen im Stich zu lassen, wäre Selbstmord. Die deutsche Arbeiterschaft sei kein verzweifelnder und verzagender Selbstmörder, sie ist ein Kämpfer.

Die deutsche Arbeiterschaft müsse die Wahrheit darüber wissen, was auf dem Spiel gestanden habe. Sie habe ein Recht auf diese Wahrheit, und deshalb sei es notwendig, in allen Versammlungen die Wahrheit zu sagen. Das grösste Unglück wäre, bei einer Niederlage rückschauend einen Trümmerhaufen sehen zu müssen, in welchem die Arbeit von Millionen Arbeitern begraben läge - Arbeit, die unter unsagbaren Opfern im Laufe von Jahrzehnten geleistet worden sei.

Auf den Verbandstag machten die Ausführungen Grassmanns tiefen Eindruck. Er stimmte ihm einmütig zu.-

SPD. Dessau, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Der anhaltische Staatsgerichtshof, der am Mittwoch und Donnerstag in Dessau unter dem Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten Bumke tagte, erklärte die bisherigen Landtagsabgeordneten Günther und Marzahn von der Hausbesitzer-Partei der Bestechung schuldig.

Die beiden Abgeordneten hatten mit den Regierungsparteien (Sozialdemokraten und Demokraten) 1929 für die Verpachtung der Anhaltischen Salzwerke an die Preussag gestimmt, sie waren deswegen vom Hausbesitzerverband ausgeschlossen und ausserordentlich heftig bekämpft worden, weil man ihre Abstimmung als einen Verrat an den bürgerlichen Parteien betrachtete. Beide Abgeordnete haben objektiv eine Schädigung durch die nach der Abstimmung erfolgten Angriffe erlitten. Dem Zeitungsverleger Marzahn wurde z.B. der Druck und Verlag der Hausbesitzer-Zeitung für Anhalt entzogen. So sind beide wohl auf die Idee gekommen, sich bei Berliner Vertretern des Hausbesitzer-Verbandes schadlos zu halten. Durch die Abstimmung über den Preussag-Vertrag ist erleichtert worden, dass im Reichsrat die Erteilung einer Reichskonzession für die Dessauer Realkreditbank, die der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz nahesteht, beschlossen wurde. Der Direktor der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz, Seifferth, hat nach der dritten Lesung des Preussagvertrages im Anhaltischen Landtag dem Abgeordneten Marzahn 20 000 Mk. und dem Abgeordneten Günther 10 000 Mk. ausgehändigt. Beide haben das Geld für Privatzwecke verbraucht. Das Staatsgericht hat beide deshalb der Bestechung schuldig gesprochen. Die Auslagen des Prozesses tragen beide zur Hälfte. Die Aberkennung des Mandats, die an sich wohl erfolgt wäre, war überflüssig, da beide Abgeordnete ihr Mandat schon vor längerer Zeit niedergelegt haben.

Selbstverständlich versuchen die rechtsbürgerlichen Parteien in Anhalt, die beiden Verurteilten der sozialdemokratisch-demokratischen Regierungskoalition anzuhängen, da sie bei dem Preussagvertrag und bei einigen weiteren Abstimmungen mit der Linken gestimmt haben. Dabei weiss in Anhalt jeder Mensch, dass es sich bei den beiden Abgeordneten um zwei typische Vertreter aus dem vom Reichsfinanzminister Dietrich so genannten bürgerlichen Interessenhaufen handelte.

SPD. Vom Baugewerksbund wird uns zu den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium über die Verkürzung der Arbeitszeit auf Grund der Notverordnung geschrieben:

Schon vor einigen Wochen ist unser Bundesvorstand gemeinsam mit den übrigen Bauarbeiter-Gewerkschaften an die Reichsregierung herangetreten, die Arbeitszeit mit Rücksicht auf die katastrophale Arbeitslosigkeit im Baugewerbe zu verkürzen. Für die Vertreter der Arbeitnehmer war es deshalb selbstverständlich, bei der Besprechung im Ministerium ohne jede Einschränkung die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden zu vertreten. Bernhard vom Baugewerksbund hat das in ausführlicher Weise begründet durch Hinweis auf die ungeheuren Arbeitslosenziffern im Baugewerbe, die zur Zeit noch über 67 % betragen. Er wies ferner nach, dass aus technischen und wirtschaftlichen Gründen eine Mehreinstellung von Arbeitern leicht möglich und das Problem insbesondere bei den Bauhütten zum Teil bereits gelöst ist, und zwar in Verbindung mit Mehreinstellung und Lohnausgleich.

Anders urteilten die Unternehmer. Sie sagten, dass eine Verkürzung der Arbeitszeit für das Baugewerbe unerträglich wäre. Es wurde von ihrer Seite auch nicht die geringste Konzession angeboten. Der Versuch des Ministerialdirigenten Dr. Sitzler, auf dem Wege einer freiwilligen Vereinbarung etwas zustande zu bringen, scheiterte an dem einmütigen Widerspruch der gesamten Unternehmerfront.

Die Dinge liegen also heute so, dass eine freiwillige Vereinbarung im Baugewerbe ganz aussichtslos ist. Das brachte auch der Vorsitzende des Baugewerksbundes, Bernhard, zum Ausdruck. Er bemerkte zum Schluss der Verhandlungen, dass die Regierung aus den Beratungen ihre Schlüsse ziehen und schleunigst eine Verordnung herausbringen müsse, zu der die Beteiligten vorher noch einmal gehört werden müssten. Es wäre aber im Interesse der vielen erwerbslosen Bauarbeiter dringend notwendig, diesen Schritt rasch zu unternehmen.

SPD. Paris, 25. Juni (Eig. Drahtb.)

Die 25 sozialistischen Parlamentarier, die nach dem Kongress von Tours eine Protesterklärung gegen die Entschliessung Paul Faures über die Landesverteidigung und die Abrüstung veröffentlichten, haben inzwischen mit der angekündigten Propaganda für ihre These begonnen. In einer von etwa 1 000 Parteimitgliedern besuchten Versammlung setzten Marquet, Paul Boncour und Renaudel die Gründe für ihre Haltung auseinander.

Paul Boncour erklärte u. a., dass die These von Jauré und vor allem seine Idee über ein Milizheer heute zeitgemässer sei als je und die Landesverteidigung wie sie die 25 Parlamentarier auffassen, durchaus nicht gegen die Organisation des Friedens gerichtet sei sondern die unaufrichtigen Regierungen hindern sollte ihre Länder in Kriege zu verwickeln. - Renaudel führte aus, dass die Unterzeichner der Erklärung die Einigkeit der sozialistischen Partei unter allen Umständen aufrechterhalten wollen, dass aber derartige starre Formen, wie sie von Paul Faure aufgestellt worden seien, für die sozialistische Partei sehr gefährlich wären. Dadurch, dass den sozialistischen Parlamentariern eine wirksame Mitarbeit an der Organisation der Landesverteidigung untersagt werde, isoliere sich die sozialistische Partei von den anderen demokratischen Parteien.

SPD. Paris, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

"Paris Nouvelle" und "Intransigeant" behaupten, im Aussenministerium sei die Rede davon, die deutschen Minister bereits für die nächste Woche nach Paris einzuladen. Diese Meldung ist - wie der Korrespondent des "Soz. Pressedienst" erfährt - unzutreffend. Die französische Regierung hat bisher hinsichtlich der Anregung der Reichsregierung noch keinerlei Beschluss gefasst. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass eine Einladung der französischen Regierung an den Reichskanzler und den Reichsaussenminister bald offiziell ergeht.

Die Reichsregierung ist inzwischen über die Deutsche Botschaft in Paris dahin informiert worden, dass Frankreich grundsätzlich bereit ist, der Anregung des Reichskanzlers zu einer gemeinsamen Aussprache zu folgen. Ein Termin der Zusammenkunft soll zwischen den beiden Regierungen schon demnächst vereinbart werden. Man darf annehmen, dass die Besprechung nach der Verständigung zwischen Washington und Paris, aber vor dem Besuch von MacDonald und Henderson in Berlin, in Paris stattfinden wird.

SPD. Die Reichsbank bestätigt, dass ihr unter Führung der Bank von England ein Rediskontkredit in Höhe von 100 Millionen Dollar zugesagt ist. Der Betrag steht bereits zur Verfügung der Reichsbank.

SPD. Köln, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Vor einigen Tagen wurde in Köln ein Naziwerkstudent von der Anklage des verbotenen Uniformtragens freigesprochen. Jetzt hat die Staatsanwaltschaft in Köln gegen die beiden Nationalsozialisten Gross und Keller, die in der damaligen Verhandlung unter Eid Bekundungen machten, die den Angaben eines Polizeioberwachters krass gegenüberstehen, ein Meineidsverfahren eingeleitet.

SPD. Dresden, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Ein vortreffliches Beispiel dafür, wie durch das Zusammenwirken der Bürokratie in Reich und Ländern das Arbeiten der Parlamentarischen Untersuchungsausschüsse, das den Regierungen mitunter sehr unangenehm ist, vereitelt werden kann, ergab sich am Donnerstag im sächsischen Landtag.

Der Landtag hatte vor einiger Zeit zur Nachprüfung der Verhältnisse bei der Gewährung von Steuererlassen und Steuerstundungen durch den früheren sächsischen wirtschaftsparteilichen Finanzminister Weber einen Untersuchungsausschuss eingesetzt. Auf Anfrage des sächsischen Finanzministers hatte der Reichsfinanzminister schon damals erklärt, dass dem Ausschuss über gewisse Akten keine Auskunft gegeben werden könne, weil das Steuergeheimnis gewahrt werden müsse. Auf Verlangen des Untersuchungsausschusses war der Reichsfinanzminister um ein Gutachten über diese Frage ersucht worden. Er hat, wie nicht anders zu erwarten war, entschieden, dass derartige Auskünfte und Abschriften von Buchprüfungsberichten dem Untersuchungsausschuss von den sächsischen Behörden nicht übermittelt werden dürften, wenn der Reichsfinanzminister Widerspruch erhebe. Natürlich erhob Herr Dietrich prompt den ihm anempfohlenen Widerspruch und so wusch die sächsische Regierung am Donnerstag ihre Hände in Unschuld, indem sie erklärte, dass sie eine Auskunft nicht geben könne.

Dem Ausschuss blieb naturgemäss nichts anderes übrig, als seine Arbeiten abzubrechen. Er bedauert in einer Entschliessung, dass durch das Gutachten des Reichsfinanzministers die Möglichkeit der Nachprüfung von Steuererlassen in weitem Ausmass eingeschränkt und damit die Tätigkeit der von den Länderparlamenten eingesetzten Untersuchungsausschüsse, soweit sie sich mit der Verwaltung der Steuern befassen, fast unmöglich gemacht werde.

SPD. Krefeld, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Die beiden Ozeanflieger Hiller und Holris, die 13 Stunden nach den amerikanischen Piloten Post und Gati von Neuseeland zum Fluge über den Ozean starteten, sind am Donnerstag nachmittag um 17½ Uhr auf dem Krefelder Flugplatz gelandet. Das Ziel der Flieger war, ohne Unterbrechung Dänemark zu erreichen und in Kopenhagen zu landen. Sie hatten sich jedoch in Spanien verfliegen und mussten nach einem Fluge über Frankreich in Krefeld wegen Benzinmangels landen. Von Krefeld aus beabsichtigen sie, direkt nach Kopenhagen zu fliegen.

SPD. Kopenhagen, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Im hiesigen Flughafen warteten am Donnerstag nachmittag etwa 30 000 Menschen stundenlang vergeblich auf die Ozeanflieger Hiller und Holris. Da über das Flugzeug bis abends keinerlei Sichtmeldung vorlag, war man allgemein der Überzeugung, dass den Fliegern ein Unglück zugestossen ist.

SPD. Köln, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Das Kölner Schöffengericht verurteilte den nationalsozialistischen "Schriftleiter" Josef Muszweiler wegen Landesverrats zu zwei Jahren Gefängnis.

Muszweiler hatte im vergangenen Jahr der Nachrichtenzentrale eines fremden Staates gefälschte Dokumente über militärische Geheimnisse verkauft. Muszweiler gehörte jahrelang zu den vornehmsten Vertretern des "Dritten Reiches" in Magdeburg und galt bei den höchsten Führern dieser Sippschaft als besonders national. Vor einigen Jahren gründete er in Magdeburg ein nationalsozialistisches Wochenblatt, das sich "Aufwärts" nannte, nach einem halben Jahre aber abwärts ging und eingestellt werden musste.

SPD. London, 25. Juni (Eig.Drahtb.)

Die Arbeiterregierung liess am Donnerstag im Unterhaus erklären, dass Ministerpräsident MacDonal und Aussenminister Henderson die Einladung der deutschen Regierung zum Gegenbesuch in Berlin "mit Freude" angenommen hätten. Die Minister würden am 17. Juli in Berlin eintreffen und dort bis zum 20. Juli bleiben.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Das Gespenst.

SPD. Am Ende der vergangenen Woche ist ein uns allein wohlbekanntes Gespenst wieder aus dem Grabe emporgestiegen: die Inflation. Wozu es leugnen - die Panik, die das Wort "der Dollar steigt" vor acht Jahren hervorgerufen hat, war schon wieder im Entstehen. In den grossen Städten hatte plötzlich ganz, wie in den Zeiten der Inflation der Dollar eine Kaufkraft erhalten, weit über seinen wahren kursmässigen Wert hinaus. Eine neue Flucht in die Sachwerte bereitete sich vor, geflissentlich genährt von jenen Spekulanten, die aus der Angst der Bevölkerung vor kommender Inflation Profite zu münzen suchten und damit die Panik zu steigern drohten.

Zu dem Ansturm auf die deutsche Mark, der durch den Abruf von Auslandskrediten hervorgerufen wurde, trat bereits die uns aus früheren Erfahrungen bekannte psychologische Unterwühlung der Währung. Eigenartige Entdeckungen konnte man in den letzten Tagen der vergangenen Woche in den Inseratenteilen der deutschen Presse machen! Die Bodenspekulanten und mit ihnen andere Besitzer von realen Werten boten ihre Ware an unter der Devise: Deutsches Geld ist unsicher, Ware ist sicher. Der verhängnisvolle finanzielle und psychologische Mechanismus der Inflation kam bereits in Laufen.

Das alles ist noch einmal gebannt. Das Gespenst ist in die Grube zurückverwiesen worden. Die kurze Begegnung mit ihm aber ist ernsteste Mahnung. Das was acht Jahre lang aus der Erinnerung verdrängt worden ist, das hastige Jagen nach dem Stück Brot, weil der Lohn auf dem Wege zum Bäcker schon wertlos zu werden drohte, der phantastische Sturz des Geldwertes, die Auflösung aller normalen Preisbildung, das Stocken des Versorgungsapparates, die Auflösung aller Rechtsverhältnisse in der Inflation, das alles ist wieder lebendig geworden.

Die Furcht vor der Wiederholung des Damals hat wie ein Sturmhauch das ganze Volk bewegt. Es war ein tiefer Blick in mögliche Zukunft! Das Gespenst ist jetzt gebannt, aber es wird sich sofort wieder erheben, wenn die Katastrophepolitiker und Diktaturhelden in Deutschland zur Herrschaft gelangen würden. Wenn erst der Schrei "Der Dollar steigt!" wieder hemmungslos durch alle Strassen gellen würde, dann würde es zur Einsicht zu spät sein!

"Fünf Millionen für Bonzen".

Die Allgemeine Ortskrankenkasse in Berlin lässt ein Zentralverwaltungsgebäude bauen. Der Bau war längst nötig, dass er gerade jetzt vorgenommen wird, hat seinen Grund auch darin, dass in einer Zeit, in der Stillstand und Arbeitslosigkeit auf dem Baumarkt sehr wesentlich zur Krise mit beitragen, Körperschaften wie die Ortskrankenkassen, die finanziell noch in der Lage sind, notwendige Bauten ausführen zu lassen, vor allem die Verpflichtung haben, für Arbeitsbeschaffung zu sorgen. Würden sie derartige Bauten bis nach der Krise vertagen wollen, so würden sie zur Verschärfung der Arbeitslosigkeit beitragen.

Diese Ueberlegung hat nicht gehindert, dass die kommunistische Presse diesen Bau zum Ziel von unflätigen Angriffen macht. Hand in Hand mit der bürgerlichen Presse, die systematisch gegen Krankenversicherung und Sozialversicherung hetzt, schreit sie über angebliche Verschwendung. "Wieder fünf Millionen für Bonzen" - das ist das Stichwort, das sie ausgibt und das nur mit Behagen durch ganz Deutschland von der Presse der Sozialreaktion aufgenommen werden wird. Das Gebäude ist ein ausgesprochenes Büro- und Verwaltungsgebäude, die

dort arbeiten sind in der grossen Masse die Angestellten der Ortskrankenkasse. Das sind die "Bonzen", gegen die die kommunistische Presse hetzt! Weil sie anständige Arbeitsräume erhalten können, werden sie beschimpft und begeistert, soll Hass der Erwerbslosen und anderer Arbeiterschichten gegen sie hervorgerufen werden. Aber es handelt sich ja nicht nur darum, den Angestellten anständige Arbeitsräume zu verschaffen, es handelt sich vor allem auch darum, den Mitgliedern der Ortskrankenkasse an den Schaltern bequeme und menschenwürdige Zustände zu bieten, was in den bisherigen Räumen längst nicht mehr der Fall war. Das alles spielt für die kommunistische Hetzpropaganda keine Rolle. Sie muss der sozialreaktionären Hetze der Nationalsozialisten Konkurrenz machen und sie tut es in solcher Masse, dass sie diesen Burschen die Stichworte liefert für die Hetze gegen die Einrichtungen, die der Arbeiterschaft dienen!

Eine Frage zum Schluss: Sind die Verwaltungsgebäude, die in Russland aufgeführt werden, deren Photographien in kostbaren und teuren Sonderdrucken als Reklame für die Sowjetunion in der ganzen Welt verbreitet werden, unter dem Gesichtspunkt der kommunistischen Presse gesehen, schliesslich nicht auch nur "Paläste für Bonzen"?

Kaserne oder braunes Bordell?

Die Leitung der Bürgerkriegsorganisation der Nationalsozialistischen Partei richtet systematisch in vielen Orten Deutschlands Kasernen ein. Man mietet grosse Wohnungen oder ganze Gebäude, in denen Sturmtruppen der SA sich ständig aufhalten. In den letzten Tagen sind darüber Nachrichten aus verschiedenen Städten Deutschlands veröffentlicht worden. So hörte man aus München, dass ein Gebäude, in dem eine pleite gegangene Herrenkleiderfabrik sich befand, von den Nationalsozialisten gemietet und eingerichtet worden ist: Schlafsäle und Waschräume im ersten Stock, dazu Baderäume für die Herren Offiziere, ein Speisesaal im zweiten Stock, im dritten Stock Exerzier- und Ausbildungsräume und im Dachgeschoss weitere Schlafräume. Also eine regelrechte Kaserne.

Indessen gibt manches dabei zu denken, besonders wenn man sich an die letzten Veröffentlichungen über die Zustände im Braunen Haus erinnert. Die besondere Rücksichtnahme bei der Einrichtung der Schlaf- und Baderäume auf die Befürnisse der Herren Offiziere zwingt notwendigerweise zu Gedankenverbindungen. Diese Kasernen sind mit dem Hakenkreuz verziert. Wäre es aber am Ende nicht richtiger, an den Passaden anstelle des Hakenkreuzes eine grosse 175 anzubringen?

Unwissend und grossmäulig.

Dem englischen Sozialisten Henderson ist es zu verdanken, dass die nationalsozialistischen Ausschreitungen in Danzig nicht zu einer sehr ernststen Komplikation mit Polen geführt haben. Er hat sich in Genf schützend vor Danzig gestellt, hat aber zugleich eine sehr ernste Mahnung an die Danziger Regierung ausgesprochen. Diese Mahnung hat im nationalsozialistischen Blatt in Danzig das folgende Echo gefunden:

"Wir glauben jedoch, dass die Danziger Regierung so klug und vernünftig sein wird, das Verlangen dieses marxistischen Judenknechts aus England zurückzuweisen und sich die Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Danziger Staates ganz gehörig verbittet.

Dem marxistischen Judenknecht aus England haben es die unwissenden und grossmäuligen Burschen zu danken, dass bisher keine polnische Truppen in Danzig einmarschiert sind, ohne dem marxistischen Judenknecht aus England, ohne die Existenz der Labourregierung wäre Deutschland bereits in die Katastrophe getaumelt, ohne das Verständnis der marxistischen Judenknechte aus England für die deutsche Lage und ohne ihre hilfreiche Hand wäre Deutschland heute ein Chaos. Aber die nationalsozialistischen Burschen, die weder mit Kenntnissen noch mit Verantwortungsgedahl beschwert sind, brauchen davon nichts zu wissen.

Aus aller Welt

Wanderer ins Nichts...

Vom Leben und Sterben unserer Geldscheine.

SPD. Nicht nur Menschen haben ihr Schicksal; auch die leblosen Dinge des Alltags, die Tag für Tag durch unsere Hände wandern. Und wenn die Packerin im Warenhaus einen derben Bogen Packpapier um die gekaufte Ware schlägt, so ahnen wir nicht, dass seine Fasern vielleicht einmal als Banknote durch unsere Finger geglitten sind. Auch der funkelneue Zehnmarkschein, den wir eben auf das Zahlbrett der Kasse legten, wird später vielleicht noch einmal in der grauen Schutzhülle eines Buches zu uns zurückkehren: Kreislauf des Geldes!

Aus dem Tresor in die Welt.

Wie laufen unsere Geldscheine? Die Kassenabteilung der Reichsbank kann uns diese Frage beantworten. Sie gab im Jahre 1929 über viereinhalb Millionen Mark für die Neuanfertigung von Banknoten aus. Für diese Summe wurden über 103 Millionen Stück Geldscheine im Gesamtwerte von 2 034,4 Millionen Mark hergestellt. In grossen Stössen gelangen die neuen, glänzenden Noten in die Tresorräume der Reichsbank. Dort werden sie von den Kassenbeamten gezählt, übernommen und beginnen bald ihre Wanderung durch das Wirtschaftsleben. Sie geraten auf Umwegen und - in allzu kleinen Mengen - in die Hände der Angestellten, Beamten und Arbeiter, werden von ihnen wieder ausgegeben und durch den Klein- und Grosshandel mit Hilfe der Banken den Kassen der Reichsbank wieder zugeführt, um wieder von neuem in Umlauf gesetzt zu werden.

Sie werden nicht alt-!

Natürlich ist jeder Geldschein auf seinem langen Wege durch viele hundert Hände, die nicht immer behutsam mit ihm umgehen, einer starken Abnutzung ausgesetzt. Von den 59 Millionen Zehnmarkscheinen, die 1929 dem Verkehr übergeben wurden, hat jeder einzelne ein Durchschnittsalter von 2 - 3 Jahren. In dieser Zeit kehrt er etwa dreimal zu seinem Ausgangspunkt, der Reichsbankhauptkasse in Berlin, zurück. Die Zwanzigmarkscheine bleiben durchschnittlich drei volle Jahre im Umlauf. Ueberhaupt nimmt nach oben hin das Lebensalter der Banknoten zu. Fünfiger und Hunderter "leben" dreieinhalb Jahre, die Tausendmarkscheine endlich erreichen das Geldschein-"Mammualter"-: 4 - 4½ Jahre. Ihre "Abnutzung" ist begreiflicherweise nicht sehr beträchtlich. Abgegriffen, beschmutzt und eingerissen, von draufgeklebten Papierstreifen manchmal nur noch mühsam zusammengehalten, kehren die Scheine schliesslich als Invaliden in die Kassen der Reichsbank zurück, um endgültig aus dem Verkehr gezogen zu werden.

Das Massensterben.

Was geschieht nun mit den alten Banknoten? Aussortiert und gebündelt kommen sie in Beuteln aus allen Teilen des Reiches in die Berliner Zentrale, wo sie von besonders konstruierten Lochmaschinen entwertet werden. Sie sammeln sich an und rollen dann eines Tages in vergitterten Wagen, nach abermaliger Zählung und Prüfung, zur Vernichtungsmaschine. Dieser komplizierte Apparat, zerlegt die abgenutzten Geldscheine, deren weiteren Umlauf schon hygienische Bedenken verbieten, in ihre Urbestandteile. Mehrere gegeneinander laufende Walzen zerreißen und zermahlen die zählen Papierfasern und verwandeln sie durch Zusatz von Heisswasser zuletzt in einen schwammigen Brei, deren grüne oder braune Farbe durch chemische Substanzen herausgelaugt wird. Damit ist der Vernichtungsprozess erledigt. Die Kastenwagen der Papierfabriken holen die Rückstände ab und aus den zerstörten Geldscheinen entsteht später einmal grobes Packpapier und Kartonpappe, denn zu andern Zwecken lassen sich diese zerrissenen

Papierfasern nicht mehr verarbeiten. In jedem Jahr müssen grosse Mengen unbrauchbar gewordener Geldscheine aus dem Verkehr gezogen werden-. Den grössten Anteil daran hatten früher die Fünfmarkscheine, die sich aussergewöhnlich schnell verbrauchten. Heute sind es die Zehn- und Zwanzigmarscheine, die das grösste Kontingent stellen. So wurden im Jahre 1929 etwa 93 000 000 alte Geldscheine unter Aufsicht des Notenkommissars vernichtet. Von diesem Riesenberg abgenutzter Banknoten waren über die Hälfte Zehnmarkscheine, nämlich 49 Millionen. An zweiter Stelle standen die 29 Millionen Zwanzigmarscheine; während nur dreieinhalb Millionen Hundertmarkscheine und 91 Millionen Tausendmarkscheine als unbrauchbar aus dem Verkehr gezogen werden mussten.

Geldschein=Invaliden.

Das ist der normale Lebensweg einer Banknote: An seinem Anfang steht der Versandraum der Reichsdruckerei, an seinem Ende der offene Kastenwagen, der einen zerstampften Papierbrei zur Papierfabrik fährt. Aber während das Silbergeld seinen Umlauf vom Prägestempel bis zum Schmelztiegel verhältnismässig unbeschadet zuende führt, sind die Banknoten ungleich grösseren Schäden ausgesetzt. Riss und Vernichtung durch Feuer bedrohen sie auf ihrem Wege durch die Hände der Menschen. Dutzende von Sendungen mit schwerbeschädigten Geldscheinen gehen deshalb täglich in der Hauptkasse in Berlin ein. Es ist keine Seltenheit, dass neue, eben herausgegebene Banknoten schon nach wenigen Wochen oder Tagen als Aschenhäufchen zurückkommen. Dann können allein die Papierfasern eines millimetergrossen Ueberbleibels die Asche als ehemalige Banknote legitimieren.

Zwischen den Schicksalen.

Jahraus, jahrein zirkulieren Millionen von Geldscheinen im Kreislauf der Wirtschaft. Zwei bis drei Jahre, manchmal auch nur Monate, Tage - und sie sind verschlissen, abgenutzt und verfallen der Einstampfung. Sie hetzen sich zu Tode diese Papierscheine, an denen soviel Schicksal, soviel Glück und Unglück klebt, -und ihr Dasein ist ebenso unruhig und atemlos wie das der Menschen, durch deren Hände sie wandern...

+ + +

Krieg im Frieden. In Höhnstedt im Mansfelder Seekreis fanden fünf Schulkinder in der Nähe einer Scheune eine Eierhandgranate, mit der sie spielten. Schliesslich warfen sie das gefährliche Spielzeug gegen die Scheunenwand, worauf die Granate zur Explosion kam. Ein Knabe wurde so schwer verletzt, dass er auf dem Transport ins Krankenhaus verstarb. Der Zustand eines zweiten ist hoffnungslos. Mehrere andere Kinder erlitten leichtere Verletzungen.

+ + +

Der Scheuener Prügelprozess. Der vor dem Schwurgericht Lüneburg stattfindende Prozess gegen den früheren Scheuener Anstaltsdirektor Straube und 36 Zöglinge hat bis jetzt zu Resultaten geführt, die für Straube geradezu vernichtend sind. Wenn Straube auch versucht, seine schweren Versäumnisse als Nichtwissen hinzustellen, wobei er von sich selbst nicht ohne Pathos behauptete, Gegner der Prügelstrafe zu sein, so hat sich doch bereits ergeben, dass er seine "Topfkratzer" zu ihren schändlichen Misshandlungen geradezu animiert hat. Straube musste zugeben, dass er, ohne seiner vorgesetzten Behörde davon Kenntnis zu geben, Gummiknüppel beschafft hatte. Das Prügeln will er in "Notwehr" getan haben, angeblich, weil Gefahr für seine Person und die Anstalt bestand. Indessen ist der Angeklagte durch seine eigene Garde, die "Topfkratzer", so belastet worden, dass man ihn als den Hauptschuldigen am Skandal der Prügelanstalt bezeichnen muss.

+ + +

Opfer des Schienenstrangs. In der Nähe des Bahnhofs Salicetto in Italien entgleiste ein Güterzug. Eine Arbeitergruppe, die an den Schienen arbeitete, geriet in die Wagen des Zugs. Die Wirkung war furchtbar. Fünf Arbeiter blieben tot am Platze, während elf schwer verletzt wurden.

+ + +

Zuchthausantrag gegen Mordschützen. Vor dem Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin-Moabit wird seit einiger Zeit gegen kommunistische Jugendliche verhandelt, die im Frühjahr einen Feuerüberfall auf das Lokal "Edelweiss" in Röntgental bei Berlin verübt hatten. Das "Edelweiss" ist das gleiche Café, in dem seinerzeit der blutige Hakenkreuzanschlag auf das Röntgentaler Verkäuferslokal des Reichsbanners ausgeheckt wurde. Damals hatte der Besitzer den Nazis sein Lokal verboten, worüber die Kommunisten jedoch nicht orientiert waren. Eines Abends schossen sie blindlings durch die erleuchteten Scheiben in den Gasträum hinein. Die Schüsse trafen einen der Sozialdemokratie nahestehenden Maler sowie einen anderen neutralen Gast. Der Maler starb auf dem Transport zum Krankenhaus, der zweite Verletzte konnte gerettet werden. Der Haupttäter flüchtete nach Russland. Die zwei Angeklagten sind lediglich der Beihilfe zum Mord beschuldigt. Der Staatsanwalt beantragte gegen sie Zuchthaus und Gefängnisstrafen von vier bzw. 2½ Jahren.

+ + +
"Lebender Marmor". Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der Redakteur Vespermann wegen Verbreitung unzüchtiger Schriften zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Grund der Anklage war die Veröffentlichung photographischer Aktbilder aus dem Nachlass des ermordeten Uhrmachers und "Liebhaberphotographen" Ulbrich, der von einem seiner Aktmodelle, Lieschen Neumann, umgebracht wurde. Die Bilder wurden eingezogen, die Platten sollen unbrauchbar gemacht werden.

+ + +
Irrsinnige brechen aus. Aus dem "Veterans Hospital" in Leeds in Nordamerika unternahmen sieben Irre des Nachts einen Ausbruch, indem sie die Wärter knebelten und über eine hohe Mauer entkamen. Die Bevölkerung ist stark beunruhigt, da es bisher nicht gelang, die Irren wieder einzufangen. Sämtliche Kranken sind Veteranen des Weltkrieges.

+ + +
Riesiges Schadenfeuer. In Allenstein in Ostpreussen brach auf dem Gelände der ehemaligen Orłowski'schen Mahl- und Schneidemühle, auf dem die Ermländische Hauptgenossenschaft einen grossen Getreidespeicher unterhält, ein grosses Schadenfeuer aus. Der Brand, der sich mit grosser Schnelligkeit verbreitete, fand in den Benzin- und Oelvorräten der Maschinenräume reiche Nahrung. Da die Feuerwehr dem Brande nicht gewachsen war, musste eine Kompanie Reichswehr zur Hilfeleistung eingesetzt werden.

+ + +
Unwetterkatastrophe in Oberbayern. Ein schweres Unwetter hat in grossen Bezirken Oberbayerns erheblichen Schaden angerichtet. In verschiedenen Gegenden ist die Ernte bis zu 50 Prozent vernichtet. Besonders schwer wurden die Ortschaft Gross Holtzenau, Wiechs und Litztdorf am Fuss des Wendelsteins heimgesucht, wo die gesamten Obst- und Getreidebestände vernichtet wurden. Auch am Nordufer des Chiemsees sind mehrere Ortschaften durch Hagelschlag und wolkenbruchartigen Regen schwer verwüstet worden.

+ + +
Folgeschwere Explosion. In einer in der Berliner Chaussee in Spandau gelegenen Fabrik chemisch-technischer Produkte entstand am Donnerstag mittag eine schwere Explosion, die das Fabrikgebäude zum Teil zerstörte und ein erhebliches Schadenfeuer herbeiführte. Das Unglück ereignete sich so schnell, dass die Belegschaft vom Feuer völlig überrascht wurde. Mehrere Arbeiter wurden zum Teil erheblich verletzt.

+ + +
Ueberschwemmtes Australien. Aus Australien werden grosse Ueberschwemmungen gemeldet, von denen besonders der Nordosten Victorias betroffen ist. 500 Wohnungen mussten geräumt werden. Der Eisenbahnverkehr ist teilweise unterbrochen.



Lichter in der Nacht.

Zu den Gewerkschaftstagungen.

SPD. Schwer ist der Marsch, wenn immer wilder die Hindernisse sich türmen, wenn der Hunger im Magen wühlt und wenn nirgends ein Licht neuen Ansporn gibt, das letzte, schwerste Wegstück doch noch zu schaffen. Schwer ist heute der Marsch der Arbeiterbewegung. Elend und Not haben die Arbeiterklasse heimgesucht. Die Krise wütet, kein Ende der Irrungen und Wirrungen des kapitalistischen Systems ist abzusehen. So mancher, der sein Leben lang mit Partei und Gewerkschaften gesorgt und gehofft und gearbeitet hat, droht dem Druck des Elends und der Hoffnungslosigkeit zu erliegen, und man kann es ihm beinahe kaum verargen, wenn er den Mut sinken lässt. Nur wer den Hunger kennt und die Tränen verzweiflungsvoller Nächte, weiss, wie schwer es ist, dem heute in Dauerarbeitslosigkeit versinkenden Arbeitsbruder Mut zuzureden. Nur der Verband hält die Herzen, die verzagen wollen. Die Verbände sind's, die den Zweifelnden und Verzweifelnden wieder aufrichten. Ihre Tagungen sind Lichter in der Nacht.

Noch sind wir da! So rufts in diesen Tagen aus verschiedenen Teilen des Reichs: aus Hamburg, aus Breslau, aus Stuttgart, wo die Eisenbahner, die Maler und die graphischen Arbeiter Musterung abhalten, ihrem Herzen Luft machen und weit über ihre eigenen Reihen hinaus der Arbeiterschaft zeigen, dass der alte grosse Glaube der Prominenten der Feuerlinie, d.h. der unbekanntenen Soldaten der Gewerkschaftsbewegung, immer noch lebt. Dennoch! So rufts von den Gewerkschaftstagungen. Trotz Lohnabbau, trotz Sozialabbau, trotz Nazi und Kozi, trotz Notverordnung steht fest die gewerkschaftliche Front. Sie steht noch geschlossener und einiger. In Hamburg, in Breslau, in Stuttgart - überall das Bild festen Zusammenschlusses und unerschütterlicher Zuversicht. Überall ein kaltblütiges und nüchternes Beurteilen der Lage und der Kräfte im eigenen wie im gegnerischen Lager. Die schwere Arbeit der Verbandsvorstände, die in diesen Tagen wirklich nicht zu beneiden sind, wird überall sachlich geprüft und unter Berücksichtigung der ungeheuren Schwierigkeiten anerkannt und gewürdigt. Überall stösst der Satan der Arbeiterbewegung, die Zerstörungsarbeit der Kommunisten, auf harten Widerstand. Überall ein Schrei nach Aktivität. Überall rückt man wieder fester zusammen. Überall werden Töne lebendig, neue Töne, die alte Bilder auftauchen lassen, Bilder aus den Tagen, wo die Bewegung noch klein, die Herzen aber grösser und weiter waren, und wo sich nur Kampfgesellen fanden, weil bei der Bewegung noch nichts zu erben war. Die Not der Stunde ist Mörtel, der bindet...

Die Entschliessung zur Reparationsfrage, die der Einheitsverband der Eisenbahner auf seiner Generalversammlung in Hamburg angenommen hat, fordert in Übereinstimmung mit den wiederholten Kundgebungen der sozialistischen Arbeiterorganisationen eine vollständige Streichung aller auf dem Kriege beruhenden zwischenstaatlichen Schulden und Zahlungsverpflichtungen. Da jedoch die politischen Machtverhältnisse in den beteiligten Staaten zurzeit einer völligen Verwirklichung dieses Zieles fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzen, tritt die Entschliessung für eine sofortige Neuregelung der Reparationsabkommen ein, damit wenigstens eine wesentliche Herabsetzung der deutschen Reparationsleistungen erreicht werde.

Mit besonderem Nachdruck verlangt die Generalversammlung in ihrer Ent-

schliessung die Herausnahme der Reichsbahn aus dem internationalen Schulden-
abkommen. Die Aufbringung der Reparationssteuer durch die Reichsbahngesell=
schaft habe, in Verbindung mit den sonstigen ihr auferlegten politischen La=
sten, eine weitgehende Verschlechterung der Lebenshaltung des Personals be=
wirkt. Die Aufbringung der für Reparationszahlungen erforderlichen Mittel sei
als rein innerdeutsche Angelegenheit anzusehen. Die Reichsregierung müsse die
Durchführung dieses Grundsatzes mit aller Energie betreiben. Das international
gebundene Reichsbahngesetz und die auf diesem Gesetz beruhende deutsche Reichs-
bahngesellschaft seien zu beseitigen, damit eine Verkehrswirtschaft in Deutsch=
land ermöglicht werden könne, die den wirtschaftlichen, politischen und so=
zialen Bedürfnissen des Volkes gerecht werde.

Die Generalversammlung lenkt in der Entschliessung erneut die Aufmerksam=
keit der nationalen und internationalen Arbeiterbewegung darauf, dass die Son=
derbelastung der Reichsbahn und die Beibehaltung der heutigen Reichsbahngesell=schaft ein besonders starkes Hemmnis für den sozialen Aufstieg der gesamten
arbeitenden Bevölkerung darstellt. Sie erwartet deshalb von der Organisation
der Arbeiterklasse die tatkräftigste Unterstützung, da es nur dann möglich sei,
den in dieser Frage besonders starken Widerstand der kapitalistischen Kreise
im In- und Ausland zu überwinden. -

Ueber die Verkehrspolitik in Deutschland sprach am Donnerstag, nachdem
dem Vorstand einstimmig Entlastung erteilt worden war, das Vorstandsmitglied
Herrmann. Er beleuchtete den enormen Unterschied zwischen den Leistungsbedin=gungen der Eisenbahn und des Kraftwagens. Konkurrenz sei notwendig, es dürfe
aber keine Schmutzkonkurrenz sein. Herrmann sprach sich gegen die Anlegung
von Autostrassen aus und forderte für den Fall, dass sie dennoch geschaffen
werden, Verzinsung und Amortisation durch die Benutzer dieser Strassen. Die
Unternehmer hätten sich gegen den Schenker-Vertrag gewandt, weil er nach ihrer
Ansicht der Gemeinwirtschaft Vorschub leiste. Auch den Luftverkehr setzten die
aufgewendeten Reichsmittel - 1930 bereits 44 Millionen Mark - in die Lage, sich
billiger anzubieten. So erhalte die Lufthansa für jeden geflogenen Kilometer
und Fahrgast 50 Pfennig Zuschuss. Man solle sich der Reichsbahn nicht nur dann
erinnern, wenn man ihr Lasten aufbürden wolle.

Die Erörterung der Lohn- und Tariffragen wurde von Apitzsch und Breunig,
eingeleitet. Apitzsch betonte, der Vorstand habe eine verantwortungsvolle Poli=
tik getrieben. Angesichts des Widerstandes der Hauptverwaltung hätten die Ar=
beitsgerichte in Anspruch genommen werden müssen. Mehr denn 80% der Klagen
seien von Erfolg gekrönt gewesen. Der Einführung von Feierschichten habe man
unter dem Druck der Verhältnisse zugestimmt, um wenigstens einem grossen Teil
der Kollegen die Arbeit zu erhalten. Sehr nachdrücklich wandte sich Apitzsch
gegen die Forderung der Gutachter-Braunskommission, die Arbeitszeit der Reichs=
betriebe anders zu behandeln als der Privatbetriebe. Zu den Arbeitsbeschaffungs=plänen bemerkte er, die vorgesehenen 200 Millionen seien noch nicht bereitge=
stellt worden. Der Verband müsse aufpassen, dass nicht Zeitarbeiter und Stamm=
arbeiter gegeneinander ausgespielt werden. Bei Lohnbewegungen sei oberster
Grundsatz, zuerst die niedrigen Lohnklassen aufzubessern, und bei dem Lohn=
abbau sei die Verhandlungsaufgabe gewesen, die unteren Gruppen weniger zu be=
lasten. Scharfe Worte fand Apitzsch gegen die Verletzung der Reichsverfassung
durch die Notverordnung. Er schloss mit der Hoffnung, es werde wieder vorwärts
gehen, wenn sich der Geist, der auf dem Verbandstag herrsche, auf alle Mitglieder
übertrage.

Breunig erinnerte an den Erfolg des Verbandes, der es durchgesetzt habe,
dass die Arbeitnehmer im Verwaltungsrat vertreten sind. Die Dienstdauervorschrif=
ten seien Rahmenvorschriften. Daher müsse jede örtliche Dienststelle in den Be=
triebsvertretungen auf dem Posten sein, um diese Vorschriften fortschrittlich
zu gestalten. Breunig besprach dann noch eine Reihe von Massnahmen, die der Ver=
band getroffen hat, um die Interessen der Mitglieder vor den Gerichten zu ver=
treten.

SPD. Der Verbandstag der Maler in Breslau erörterte im weiteren Verlauf seiner Verhandlungen besonders eingehend die Krise des Malerhandwerks, den Lohnabbau, die Frage der 40-Stundenwoche und die Lehrlingsausbeutung.

Das Malerhandwerk steckt, wie Tonn-Hamburg überzeugend schilderte, nicht nur in einer konjunkturellen Krise, sondern es bewegt sich leider auf einer absteigenden Linie. Der neue Geschmack in Hausbau und Wohnungseinrichtung mache Malerarbeiten in weitem Umfang überflüssig. Das gelte sowohl für das Einzelsiedlungshaus als auch für den Reihenaufbau. Die Not im Malergewerbe sei eine allgemeine und treffe Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. Angesichts dieser Entwicklung und des Umstandes, dass die einzelnen Arbeiten meistens in rasendem Tempo ausgeführt würden, sei ein Übergang vom Zeitlohn zum Stücklohn bereiflich. Die Arbeitszeit müsse im Malergewerbe selbstverständlich verkürzt werden. - Eine ganze Reihe von Rednern setzten sich für die Durchführung der 40-Stundenwoche natürlich mit Lohnausgleich ein. Die Lehrlingszüchtereie wurde vor allem von süddeutschen Delegierten scharf kritisiert.

Im Lohnabbau konnte, wie der Vorsitzende Batz-Hamburg in einer genauen Darstellung der Kämpfe um Tarif und Lohn ausführte, die Welle auf der ganzen Linie bei 10% zum Stoppen gebracht werden. 10% hätten in Kauf genommen werden müssen. Erfreulicherweise seien die überall viel weiter gehenden Forderungen der Arbeitgeber - in Rheinland-Westfalen bis zu 50% - abgewehrt worden. Die Schiedssprüche im Baugewerbe hätten die Abwehr naturgemäss erschwert. Ohne die Gegenwehr des Verbandes - das sei hoffentlich inzwischen jedem Mitglied klar geworden - hätte die Lohnabbauwelle einen viel grösseren Schaden angerichtet.

Die vom Geist der Verantwortung für die Gesamtheit getragenen Ausführungen des Verbandsvorsitzenden fanden, obwohl sie keine sonderlich erfreulichen Ausblicke auf die bevorstehenden Abschnitte des gewerkschaftlichen Kampfes eröffneten, auf der Tagung allseitige Zustimmung.

Die kommunistische Opposition fiel auf dem Verbandstag glatt ab. Auch die Leipziger Oppositionellen hatten im Grunde genommen nur wenig Kritik am Hauptvorstand zu üben. Die kommunistische Presse hatte wochenlang von einer Einsackung der Dresdner Filiale durch die RGO gesprochen. Wie Schulz-Dresden mitteilte, ist das Gegenteil eingetreten. Denn in Dresden wurden vier Anhänger der RGO ausgeschlossen. Selbst die Delegierten, denen durch die Oppositionellen die Marschrouten vorgeschrieben war, rückten auf dem Verbandstag von den revolutionären Phrasen ab. So erklärte Duster-Münster, sein Vertrauen zur RGO sei nicht mehr gross, nachdem er erlebt habe, dass die Kommunisten vor dem Schlichter mit Vorliebe umkippen. Heider-Stuttgart unterstrich, dass auf den Kommunisten ein grosser Teil der Verantwortung dafür laste, dass die Sanierung der Arbeitslosenversicherung nicht im Sinne der Arbeiterschaft geglückt sei.

Dass die Opposition mit der Arbeit des Vorstandes nicht restlos zufrieden sein werde, erklärte der Vorsitzende Batz, könne wohl niemanden wundern. Ihre Auffassung, dass die RGO die Auffangvorrichtung für die aus den Freien Gewerkschaften Ausgeschlossenen sei, könne nur auf Dumme Eindruck machen. Der Aktivitätsdrang der Jugendlichen sei durchaus verständlich. Auswüchse müssten natürlich bekämpft werden. Mehr denn je tue Geschlossenheit und Glaube an die Sache not, um die Arbeiterbewegung zum Ziele zu bringen.

In den Abstimmungen fielen die Wünsche der Leipziger Oppositionellen unter den Tisch. Nur eine klägliche Minderheit setzte sich für die Forderungen der Opposition ein, und einer der Anträge - ausgerechnet die Kampfansage gegen Brüning! - verschwand sogar unter einstimmiger Ablehnung in der Versenkung. Die biederen Stalinisten träumten nämlich gerade von den Herrlichkeiten Sowjet-Deutschlands, als der Antrag zur Abstimmung kam.



Mieter gegen Hauspaschas.

SPD. Der Hauptvorstand des Bundes Deutscher Mietervereine, Sitz Dresden, hat sich auf einer Tagung mit den Forderungen des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine beschäftigt. Er stellt fest, dass die vom Hausbesitz geforderten Massnahmen die Masse unseres Volkes nur noch tiefer ins Elend hineinführen werden.

Der Zentralverband forderte u.a. volle Abgeltung des Mehrzinses für Aufwertungshypotheken und Eigenkapital aus Miete und Hauszinssteuern. Diese Abgeltung ist, wie der Bund deutscher Mieter unterstreicht, völlig untragbar. Eine Verzinsung des Eigenkapitals zu 7,5 % widerspreche jedem gerechten Empfinden. Das sei umso mehr der Fall, als es sich bei dem Hausbesitzereigenkapital zum grossen Teil um einen erst durch die Inflation gewonnenen Besitz handelt. Der Hausbesitz müsse einsehen, dass er auch Opfer zu bringen hat, wo das ganze Volk sozusagen das Letzte verlor.

Ungerecht seien auch die Angriffe des Hausbesitzes gegen die bodenrechtlichen Massnahmen der Reichsregierung zu Gunsten des Städtebaus. Gegenüber den Bedürfnissen des Volksganzen müssten die Interessen des Einzelnen zurücktreten.

Der Hausbesitz will die Bauwirtschaft, die ohne Zweifel zusammengebrochen ist, weil ihr die öffentlichen Beihilfsdarlehen nicht mehr wie früher und in ausreichendem Masse gewährt werden können, durch Beseitigung des Mieterschutzes beleben. Es ist ein Wahn, so stellt der Bund Deutscher Mietervereine fest, von einer freien Wohnungswirtschaft Hilfe aus Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit zu erwarten. Die Mieterschaft verlangt vielmehr, dass endlich ihre Interessen und damit die Interessen des deutschen Volkes berücksichtigt werden. Sie muss mit Befremden feststellen, dass trotz ständiger Senkung der Löhne und Gehälter und trotz der dadurch für den Einzelnen geschaffenen wirtschaftlichen Not die Mieten noch hoch über dem Friedensstand festgehalten werden. Damit wird der notwendige Preisabbau verhindert.

SPD. Für die dritte Juniwoche weist die Reichsbank Gold- und Devisenverluste in Höhe von 366,1 Millionen Mark auf. Damit sinken die Bestände der Bank auf 1 503,8 Millionen Mark gegenüber 2 576,5 Millionen Mark Anfang Juni, als der Devisensturm begann. Im einzelnen haben sich die Goldbestände in der dritten Juniwoche um 354,4 Millionen Mark auf 1 411 Millionen Mark verringert. Sie betragen Anfang Juni 2 390,3 Millionen Mark. Die Bestände an deckungsfähigen Devisen sind um 11,7 Millionen Mark auf 92,6 Millionen Mark zurückgegangen. Für Anfang Juni wurden sie mit 186,2 Millionen Mark angegeben.

In Wirklichkeit sind die Verluste der Reichsbank grösser; denn die Bank hat auch Devisen aus den Beständen abgegeben, die sie auf dem Konto sonstige Wechsel und Schecks aufführt. Man nimmt an, dass die Bank in der dritten Juniwoche bis zum letzten Montag, als sich das Hoover'sche Projekt eines Schuldennachlasses auswirkte und das Gleichgewicht auf dem Devisenmarkt wiederhergestellt wurde, täglich rund 70 Millionen Mark verloren hat. Die Verluste dürften sich in der dritten Juniwoche damit etwas unter 400 Millionen Mark halten. In den drei Wochen des Devisensturmes sind nach dieser Rechnung etwa 1,5 Milliarden Mark verloren worden.

Wie stark die Anforderungen der Banken an den Reichsbankkredit noch in der dritten Juniwoche waren, geht daraus hervor, dass sich die Bestände an Handelswechslern und Schecks um 330,7 Millionen Mark auf 2 349,8 Millionen Mark gesteigert haben. In normalen Zeiten tritt um diese Zeit ein Rückgang in der Beanspruchung des Reichsbankkredits ein. Bei der zunehmenden Kreditbeanspruchung muss berücksichtigt werden, dass wir in einigen Tagen vor dem Halbjahres=Ultimo stehen, an dem grössere Auszahlungen fällig werden. Die Banken haben bereits vorgesorgt. Da die Restriktionen der Reichsbank erst am letzten Montag in Kraft traten, konnten sie sich nur auf zwei Tage der Berichtswoche auswirken.

Im Zusammenhang mit der abnehmenden Währungsreserve usw. ist die Deckung der Noten durch Gold und Deckungsdevisen von 48,1 Prozent in der Vorwoche auf 40,4 Prozent gesunken. Die Reichsbank kann in Anspruch nehmen, dass sie trotz des fürchterlichen Devisensturmes die Deckungsgrenze von 40 Prozent nicht zu unterschreiten brauchte. Ein entsprechender Antrag ist wohl erwogen worden; aber angesichts der Auswirkungen der nordamerikanischen Aktion wurde er fallen gelassen. Menschlichem Ermessen nach wird die Reichsbank die Deckungsgrenze auch gegenüber den Anforderungen des Halbjahres=Ultimos nicht unterschreiten. Die Anforderungen an den Reichsbankkredit werden sich wahrscheinlich in Grenzen halten, da bereits in der dritten Juniwoche eine Voreindeckung mit Reichsbankkredit erfolgt ist. Sollten die Anforderungen wider Erwarten aber steigen, dann hat die Bank immer noch das Mittel der Restriktionen, um einzudämmen.

Im übrigen steht der Reichsbank ein 100=Millionen=Dollar=Kredit zur Ueberwindung des Halbjahres=Ultimos zur Verfügung. Dieser Kredit ergänzt die Währungsreserve der Bank derart, dass sie ihren Kredit um eine Milliarde Mark erweitern kann. Die Bank ist also gerüstet.

An dem 100=Millionen=Dollar=Kredit sind die Bank von England, die Bank von Frankreich, der nordamerikanische Federal Reserve Board und die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel (B.J.Z.) beteiligt. Dieser Kredit ist ein Vertrauensvotum für die deutsche Mark. Sie wird die Devisenlage weiter günstig beeinflussen und die Entwicklung, die bereits seit Montag einen Ausgleich auf dem Devisenmarkt gebracht hat, nach der gleichen Richtung weiter-treiben.

SPD. Das Reichsfinanzministerium gibt die Einnahmen aus Steuern, Zöllen und Abgaben für den Monat Mai mit 538 Millionen Mark an. Die Einnahmen blieben trotz Einführung neuer Steuern und Steuererhöhungen beträchtlich hinter dem Mai 1930 zurück, wo sie 629,6 Millionen Mark ausmachten. Die Lohnsteuer macht 96 Millionen Mark aus gegenüber 110 Millionen Mark im Mai vorigen Jahres. Die Umsatzsteuer wird mit 37,2 Millionen Mark angegeben gegenüber 41,6 Millionen, die Beförderungssteuer mit insgesamt 22,9 Millionen gegenüber 28,2 Millionen und die Einnahmen aus Zöllen mit 64,7 Millionen Mark gegenüber 66,1 Millionen Mark. Die Biersteuer brachte mit 37,4 Millionen Mark mehr als im Vorjahr (32,7 Millionen). Insgesamt sind im Mai 1930 rund 91,6 Millionen Mark mehr eingekommen als im Mai 1931.

SPD. In dem reichlich verspäteten Ausweis des Reichsfinanzministeriums über die Einnahmen im Monat April, dem ersten Monat im neuen Rechnungsjahr 1931/2, ergeben sich Einnahmen in Höhe von 924,2 und Ausgaben in Höhe von 850,7 Millionen Mark. Es verbleibt ein Ueberschuss von 73,5 Millionen Mark. Im ausserordentlichen Etat ergibt sich eine Mehreinnahme von 2 Millionen Mark.

SPD. Uns wird geschrieben: Wenn das Land jetzt mit Grausen erfährt, dass Deutschland vor einigen Tagen infolge der Katastrophe auf dem Devisen- und dem Geldmarkt am Rand des Abgrundes gestanden hat, dann ist es Pflicht, darauf zu verweisen, in welchem Ausmass die Rechtsradikalen bzw. die Nationalsozialisten dazu beigetragen haben. Der "Kampf" der Nationalsozialisten gegen die "Zinsknechtschaft" hat zur Folge gehabt, dass sich die Kredite in Deutschland verteuert haben und die Banken die Kredite verknappen mussten, was natürlich die Arbeitslosigkeit steigert. Das unsinnige Getue der Hitlerpartei hat das Auslandsgeld und damit Arbeit aus dem Lande getrieben.

Im Jahre 1924, als die Inflationspsychose noch nicht überwunden war, konnte Deutschland an langfristigen Krediten nur 42 Millionen Mark im Auslande aufnehmen. Das folgende Jahr steigert mit der politischen Verständigung das Vertrauen in die deutsche Wirtschaft. Infolgedessen gab das Ausland langfristige Kredite in Höhe von 1 265 Millionen Mark. Im Jahre 1926 waren es 1 555, im Jahre 1927 = 1 412, im Jahre 1928 = 1 465 und im Jahre 1929 = 349 Millionen Mark. Der Wiederaufbau Deutschlands war nur mit diesen langfristigen Krediten möglich. Selbst im Jahre 1930 wurden noch 1 170 Millionen Mark an langfristigen Krediten hereingenommen. Hier beginnen aber schon die Stockungen, auf denen die Wirtschaftskrise bei uns zum Teil beruht und an denen die Nationalsozialisten die Schuld tragen. Von den 1 170 Millionen Mark langfristigen Krediten im Jahre 1930 entfallen 1 157 Millionen auf die Zeit vom Januar bis August 1930. In der Zeit von September bis Dezember 1930 konnten nur 14 Millionen hereingenommen werden. Für die Zeit von Januar bis März 1931 sind es nur 600 000 Mark. In dem Masse, wie die Auslandskredite ausblieben, verschlimmerte sich die Wirtschaftskrise. Die Erklärung für das Zurückgehen der Krise ist der Ausfall der Wahl am 14. September 1930. Die nationalsozialistischen Stimmen schwellen an. Alle Welt erwartet einen Putsch. Das Vertrauen des Auslands uns gegenüber ist vollständig untergraben. Ein nationalsozialistisches Deutschland ist für das Ausland nicht kreditwürdig. Was das bedeutet, haben wir ja in den letzten Wochen gesehen, als die deutsche Kreditwirtschaft dicht vor dem Zusammenbruch stand und die Gefahr für die öffentliche Hand und die Privatwirtschaft auftauchte, Löhne und Gehälter nicht mehr zahlen zu können.

Wo Kredit zu erhalten ist, muss dieser sehr teuer bezahlt werden. Gerade die Katastrophenvahlen vom September 1930 haben die Zinssätze in die Höhe getrieben. Im Jahre 1929 mussten im Durchschnitt für ausländische Anleihen noch 6,46 % gezahlt werden. 1930 sank der Zinsfuß auf 5,84 %. Das Sinken versteht sich aber nur bis zur Wahl im September, die die Ermässigung der Zinssätze jäh unterbrochen hat. In der Zeit bis heute musste die Reichsbank ihren Diskont um 3 % in die Höhe setzen. Das bedeutet Verteuerung der Produktion, Kreditverknappung und Einschränkung der Arbeitsmöglichkeit. Zu so günstigen Bedingungen wie vor der Wahl im September 1930 wird Deutschland so bald nicht wieder Geld leihen können. Die grosse Weltwirtschaftskrise, die ungeheure Kapitalien in der ganzen Welt freigesetzt hat, führte zu einem Kapitalüberfluss in allen Ländern, der natürlich ein Sinken des Zinsfußes bedingt. Nur Deutschland macht davon eine Ausnahme. In Deutschland sind die Zinssätze gestiegen. Das sind mit die Folgen des nationalsozialistischen Wahlsieges. So sieht die "Brechung der Zinsknechtschaft" in Wirklichkeit aus.

SPD. Die im Geschäftsbericht der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei in Bremen angekündigten Stillegungen - "wir werden vor entscheidenden Massnahmen nicht zurückschrecken, eventuell den einen oder den anderen Betrieb stilllegen oder abstossen" - werden jetzt verwirklicht.

Auf der letzten Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie vor einigen Tagen sprach der Leiter des Siemenskonzerns lang und breit über die Sünden gegen die Wirtschaft; man schimpfte über die Lohnpolitik, über die So-

zialbelastung und forderte die Beseitigung des Schlichtungsrechts. Das sind nach Unternehmerauffassung Sünden gegen die Wirtschaft.

Wir haben im Laufe der letzten Tage Gelegenheit genommen zu zeigen, wie die Wirtschaftssünden in Wirklichkeit aussehen. Wir haben auf die skandalösen Vorfälle im Karstadtkonzern, bei den Linoleumwerken und nicht zuletzt bei der Norddeutschen Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei hingewiesen. Hier hat sich eine verfehlte Wirtschaftsführung gezeigt, die man sicherlich als Sünde gegen die Wirtschaft bezeichnen kann. Was soll man sagen, wenn ein im Kern gesundes Unternehmen wie die Nordwolle es zu Verlusten bis zu 50 und 60 Millionen Mark - die endgültigen Zahlen stehen nicht fest - und zu einer Schuldenlast von 165 Millionen Mark bringt und wenn die Verwaltung selbst zugeben muss, dass die Verluste infolge falscher Wirtschaftsführung entstanden sind.

Diese Wirtschaftsführung bei der Nordwolle wird durch den jetzt erschienenen Bericht für das Jahr 1930 merkwürdig illustriert. In diesem Bericht heisst es u. a. dass bei einer dem Konzern nahestehenden holländischen Gesellschaft, "die neben der Vermittlung des Rohwoll- und Kammzugsgeschäfts auch noch andere Geschäfte getätigt" hat, sich erhebliche Verluste ergeben haben. Einmal wird man fragen, was das für "andere Geschäfte" sind, die das holländische Unternehmen getätigt hat? Zugleich taucht die Frage auf, was das überhaupt für eine Gesellschaft war? Bisher hat die Öffentlichkeit von einer derartigen Tochtergesellschaft der Nordwolle in Holland nichts erfahren. Darüber schweigt auch der Geschäftsbericht. Man will aber wissen, dass es sich bei der holländischen Tochtergesellschaft um eine Firma mit dem überseeischen Namen Ultramar handelt. Welchen Zweck die Ultramar hatte, ist nicht recht klar. Man kann nur annehmen, dass vor Jahren in der Ultramar die Gewinne aufgehäuft wurden, die die Nordwolle erzielt hat. Damals, als die Ultramar noch Gewinne verdeckte, war sie wohl zum grössten Teil im Besitz der Familie Lahusen, die die Nordwolle beherrscht und deren Mitgliedern die falsche Wirtschaftsführung im Konzern zuzuschreiben ist. Mit der Zeit und auf Grund einer hemmungslosen und vernünftigen Expansionspolitik verwandelten sich die Gewinne bei der Ultramar in Verluste. In diesem Augenblick scheint die Familie Lahusen ihren Besitz an der Ultramar an die Nordwolle abgestossen zu haben. Diese hat jetzt gerade dafür zu stehen. Wir sind neugierig, wie hoch die Verluste sind, die sich bei der Ultramar ergeben werden. Man benützte also die Ultramar zu persönlichen Geschäften; die Verluste werden auf den Konzern abgewälzt.

Herr von Siemens wird zugeben, dass das Sünden gegen die Wirtschaft sind! Diese Sünden aber bezahlt die Arbeiterschaft. Als die Riesenverluste bei der Nordwolle bekannt wurden, haben wir darauf hingewiesen, dass die Arbeiterschaft die Zeche bezahlen wird. Denn die Arbeiterschaft leidet am meisten unter den notwendig werdenden Stilllegungen. So erfahren wir, dass der Togakonzern, eine Tochtergesellschaft der Nordwolle, für Aachen Stilllegungen beantragt hat. Davon werden die beiden grössten Aachener Tuchfabriken Delius und Erkens Söhne betroffen. In Frage kommen 1 200 Arbeiter und Angestellte. Den Belegschaften ist bereits zum nächsten Termin gekündigt.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 25. Juni. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 118, II. Qualität 108, abfallende Sorten 94 R $\frac{1}{2}$ je Zentner. Tendenz: ruhig.

Brotgetreide anhaltend knapp.

(Berliner Getreidebörse vom 25.6.)

SPD. Unter dem Eindruck des anhaltenden knappen Angebotes in Brotgetreide verkehrte die Berliner Produktenbörse am Donnerstag in freundlicher Haltung. Auch am Promptmarkt waren sowohl Weizen wie auch Roggen aus alter und neuer Ernte nur in geringen Mengen angeboten, sodass die Preise für Weizen bis zu 2 und für Roggen bis zu 1 Mark anzogen. Allerdings fanden nur geringe Umsätze statt. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte lag besonders Weizen fester. Die Preise besserten sich um $1\frac{1}{2}$ bis 2 Mark. Roggen war bis zu 1 Mark fester. Am Mehlmarkt hatte sich das Geschäft in Weizenmehl etwas gebessert, wenn auch die höheren Forderungen nicht voll durchzuhalten waren. Roggenmehl blieb weiter gefragt, besonders verbilligte Ware. Hafer bewegte sich etwa auf den Preisen des Vortages. Das Angebot war verhältnismässig gering. Am Markt der handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte zogen die Hafernotierungen bis zu 2 Mark an. In Gerste lagen die ersten Musterungen vor. Ein grösseres Geschäft konnte sich jedoch noch nicht entwickeln.

	<u>24. Juni</u>	<u>25. Juni</u>
	(ab märkische Station i. Mk.)	
Weizen	273 - 275	273 - 275
Roggen	211 - 213	212 - 214
Braugerste	-	-
Futter- und Induszriegerste	185 - 200	185 - 200
Hafer	169 - 173	170 - 174
locó Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	32,00- 37,40	32,00- 37,40
Roggermehl	28,75- 31,25	28,75- 31,25
Weizenkleie	13,50- 13,75	13,50- 13,75
Roggenkleie	12,25- 12,50	12,25- 12,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 282 (Vortag 279 $\frac{1}{2}$), September 237-236 $\frac{1}{2}$ (236), Oktober 238 - 237 $\frac{1}{2}$ (236 $\frac{1}{2}$). Roggen Juli 201 $\frac{1}{2}$ - 201 (200 $\frac{1}{2}$), September 188 $\frac{1}{2}$ - 187 $\frac{1}{2}$ (188), Oktober 189 - 188 (188 $\frac{3}{4}$), Hafer Juli 181 - 180 $\frac{3}{4}$, September 158 - 157 $\frac{1}{4}$ Brief (157 $\frac{3}{4}$), Oktober 158 - 157 $\frac{1}{2}$ Brief (157 $\frac{1}{2}$)

Amtliche Eiernotierung.

SPD. Preisnotierungen für Eier. (Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 25. Juni). A. Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) über 65 g 9,75, über 60 g 8,50, über 53 g 7,50, über 48 g 6,25; frische Eier über 53 g 7; aussortierte kleine und Schmutzeier 5,50. B. Auslandseier: Dänen 18er 9,75, 17er 9, 15 $\frac{1}{2}$ - 16er 8; Holländer 68 g 10, 60 - 62 g 8,25 - 8,75, 57 - 58 g 8; Belgier 60 - 62 g 8,25 - 8,50; Litauer grosse 7, normale 5,75; Rumänen 6,25 - 6,50; Russen grosse 6,50 - 6,75, normale 6,25; abweichende 5,50 - 6; kleine, Mittel- und Schmutzeier 5. In- und ausländische Kühlhauseier und Kalkeier nicht notiert. Tendenz: matt.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 47

Berlin, den 25. Juni 1931

Ernährungskrankheiten.^x

SPD. Häufig hören wir die Klage: "Ich kann keine Erdbeeren vertragen. Sofort nach dem Genuss bekomme ich einen juckenden Hautausschlag, und mein ganzer Körper wird feuerrot". Andre Menschen klagen über die gleiche Wirkung nach dem Genuss von Honig oder Fischen, nach Spuren von Knoblauch in genossener Wurst, ja selbst nach Speisen, die besonders gern gegessen werden; nicht immer besteht eine Abneigung dagegen, mit der sonst die Erscheinung erklärt werden könnte. Dieser juckende Hautausschlag wird Nesselfieber genannt und ist leider nicht die einzige Erkrankung nach dem Genuss verschiedener Speisen oder auch Getränke bei manchen Menschen. Auch Darmerkrankungen mit schwerem Fieber, asthmatische Anfälle und Magenbeschwerden können häufig auftreten. Daraus, dass die meisten Menschen solche Erscheinungen garnicht kennen, geht schon hervor, dass sie durch eine besondere Veranlagung hervorgerufen werden, der die medizinische Wissenschaft gegenwärtig ein besonderes Interesse entgegenbringt. Man hat alle Stoffe, die eine solche Schädigung verursachen können, unter dem Namen Allergene zusammengefasst und nennt die daraus entstehenden Erkrankungen "allergische" Krankheiten.

Nicht immer braucht eine Speise oder ein Getränk diese Krankheit zu erzeugen. Auch Medikamente, auf die Haut aufzureibende Salben können einen Stoff enthalten, z.B. ein Fett, das allergisch durch den äusseren Reiz auf die Haut wirkt. Ebenfalls durch die Berührung bestimmter Blüten und von Blütenstaub kann Nesselsucht entstehen, und es ist ja bekannt, dass etwa die Berührung der Primel die Haut der dazu veranlagten Menschen reizen, beispielsweise eine hochrot angeschwollene Nase hervorrufen kann. Aehnlich wirkt auch der Saft von Kuhblumen. Mit zu den bekanntesten Erscheinungen dieser Gruppe gehört der Heuschnupfen. Er greift die Augen ungeheuer an und veranlasst dauerndes Tränen, Rötung und Entzündung der Augenlider und Bindehautkatarrh. Diese Erkrankung kehrt alljährlich wieder und besteht so lange, wie Wiesen und Felder blühen. Sie wird von den in der Luft mitgeführten Pflanzensamen, dem Blütenstaub, ausgelöst und verschwindet sofort in Gegenden, in denen es keine Felder und blühenden Wiesen gibt. Heute bekämpft man den Heuschnupfen durch Einspritzungen.

Die Beispiele für allergische Erkrankungen lassen sich noch erweitern. Ein kleiner Junge aus meinem Bekanntenkreise litt dauernd an Durchfällen. Er konnte keine Milch vertragen und gedieh erst, als er keine mehr bekam. Die Durchfälle verschwanden sofort, und der Junge nahm ausserordentlich schnell zu. Eine rheumatisch kranke Dame hatte dauerndes Hautjucken, und erst, als sie nicht mehr die Präparate gegen Rheuma verwendete, die das bei ihr allergisch wirkende Salicyl enthielten, verschwand das lästige Jucken. Auch Eier werden oft nicht vertragen. Alle diese Beispiele zeigen, wie wesentlich es ist, die Erkenntnis dieser allergischen Erkrankungen in weiteste Kreise zu tragen. Wer könnte besser als eine Mutter (die ständig mit den Kindern von klein auf zusammenlebt und sie beobachtet) solche Krankheiten verhüten, ja, ausschliessen, die sonst jahrelang die Veranlassung zu schweren Allgemeinschädigungen geben können, wenn die Ursachen unbekannt bleiben und keine richtige Behandlung erfolgt! Auch wenn irgendein Klima einem Menschen nicht bekommt (Bergkrankheit), muss man an diese Allergene denken. Man hat auch festgestellt, dass z.B. die Füllung der Matratze oder des Kissens (Federn, Rosshaar, Seegras) eine allergi-

sche Krankheit auslösen kann. Ueberhaupt sind mit den angegebenen Möglichkei= ten weder die Stoffe noch die Erscheinungsformen, die sie auslösen können, erschöpft. Alle Organe des Körpers können durch die verschiedensten Stoffe von den verschiedensten Krankheitserscheinungen betroffen werden, z.B. Migräne, Schnupfen, Herzbeklemmungen, nierensteinkolik=ähnlichen Schmerzen. Hat man also eine allergische Reaktion festgestellt, so verhütet man eine Erkrankung ganz einfach dadurch, dass man von den dazu neigenden Menschen die Urheber der Krankheit - etwa Erdbeeren, Honig, Jodsalbe usw. - fernhält.

Die Aerzte vermögen heute aus Hautproben den allergisch wirkenden Stoff zu erkennen. Sie spritzen geringe Mengen des Allergens, das sie als Ursache vermuten, in die Haut, und wenn es das richtige ist, treten Hautquaddeln an der Stelle auf. In den weitaus meisten Fällen haben die Hautproben gute Ergebnisse gehabt, sodass man sie trotz vereinzelter Wirkungslosigkeit kaum noch in der ärztlichen Praxis entbehren kann. Es ist sehr begrüssenswert, wenn jedermann erkennen kann, warum er keine Erdbeeren usw. verträgt, und dadurch ohne weiteres Krankheiten vermeiden kann, die entstehen, wenn er (wie es vielfach geschieht) annimmt, dass es eine "fixe Idee" oder die "Nerven" seien, die ihm immer wieder die gleichen Beschwerden nach bestimmten Stoffen verursachen. Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass Menschen, die so unnormal auf die beschriebenen Stoffe reagieren, in verschiedenen Lebensaltern von verschiedenen Krankheitserscheinungen geplagt sein können, d.h. es kann jemand in der Jugend nach Erdbeeren usw. Nesseln bekommen und mit vierzig Jahren anstelle der Nesseln asthmatische Anfälle oder Migräne usw.

Dr.B.

----- Milch als Säuglingsnahrung.^X -----

SPD. Ueber kein Nahrungsmittel wird neuerdings so viel gestritten wie über die Milch. Der Streit wüthet zwischen Allopathie und Homöopathie, zwischen konservativen und Reformärzten, zwischen Fleischessern und Vegetariern. Die einen erhoffen alles Heil unsres Volkes von der Milch, die andern möchten sie uns entziehen.

Nach den Erfahrungen auch der jüngsten Wissenschaft enthält die Milch alle Nährstoffe, die der Mensch braucht, alle Mineralstoffe und Ergänzungsstoffe. Sie besitzt vollwertiges Eiweiss. Sie wird zu 85 % verdaut und hat einen Basenüberschuss von 3 %.- Wie steht es mit ihrem Wert für den Säugling? Die Natur hat die Milch als erste ausschliessliche und vollwertige Nahrung für das junge Kalb gebildet, das dabei gut gedeiht und schnell zunimmt, im Verhältnis viel schneller als ein Menschenkind bei Muttermilch. Die Natur weiss, warum sie die Kuhmilch so reich an Kompletin A (das das Wachstum fördert) sein lässt, warum sie ihr doppelt so viel Eiweiss und viermal so viel Nährsalze gibt als der Muttermilch, denn sie hat sie für ein viel schneller wachsendes Wesen bestimmt. Für den Menschensäugling also ist die Kuhmilch nicht ohne weiteres angemessen, weil sie an manchen Nährstoffen zu gehaltsreich ist. Deshalb wird sie verdünnt, versüsst und mit Zusätzen wie Haferschleim vermischt, um ihre chemische Zusammensetzung der der Muttermilch anzugleichen, soweit dies eben menschenmöglich ist. Ganz ersetzen kann die Kuhmilch nie die Muttermilch; das hat die Erfahrung gezeigt. Aber sie ist immer noch das Nahrungsmittel für den Säugling, das der Muttermilch am nächsten kommt.

So weit wäre alles gut, vorausgesetzt, dass wir frische Milch von gesunden Kühen ungekocht geniessen würden. Nun sind aber unsre Kühe durch die einseitige Züchtung auf Milchertrag, durch naturwidrige Fütterung und das Stallda= sein in ihrer Gesundheit so geschädigt, dass die Milch Bazillen von allerlei Seuchen und Krankheiten der Kühe enthält (z.B. Tuberkulose). Ausserdem zer=

setzt die Milch sich sehr rasch. Um die Bazillen unschädlich zu machen und das Sauerwerden aufzuhalten, kocht, sterilisiert oder pasteurisiert man die Milch. Dadurch werden aber lebenswichtige Stoffe mit vernichtet. Das Eiweiss wird chemisch so verändert, dass es schwerer verdaulich wird. Ähnlich geht es mit den Mineralstoffen. Schon durch Erhitzen bei 60 Grad wird das vierfache Kalk=Dop=pelsalz in die Einzelsalze zerlegt. Besonders für den Säugling ist dies verhängnisvoll, da sein Magen zunächst noch keine Salzsäure bildet, sodass er sich die knochenbildenden Salze aus der Milch nicht nutzbar machen kann. Ebenso werden die Vitamine teilweise schon bei niedriger Temperatur zerstört; vor allem wird der Ergänzungsstoff C vernichtet, was zur Folge hat, dass Säuglinge, die ausschliesslich von gekochter Milch leben, an Säuglings=Skorbut erkranken.

Wird also die Milch abgekocht, so beseitigt man zwar damit die Gefahr einer Ansteckung, erhält aber ein entwertetes, ja, ungeeignetes Nahrungsmittel. Nun ist erwiesen, dass bei ansteckenden Krankheiten die Ansteckung selbst nicht das einzige und vielleicht nicht einmal das grösste Uebel ist. Ein falsch ernährter Körper bietet den Krankheitserregern einen guten Nährboden; der gesunde Körper dagegen überwindet wieder und wieder alle die täglich und stündlich in ihn eindringenden Feinde. Also Bazillenfurcht und =flucht schützt nicht vor Ansteckung, aber durch Verbesserung der Säfte wird eine erhöhte Widerstandsfähigkeit gegen Krankheiten erzielt, durch Ernährung mit richtig zusammengesetzten Nahrungsmitteln, wie etwa rohe Milch eins ist.

So wäre denn nach allen Ueberlegungen das Richtigste, möglichst frische Milch von gut gehaltenen Weidekühen roh zu geniessen. (Besonders bei Säuglingsmilch sollte man genau Bescheid wissen, woher sie stammt.) -Dann heisst es, die Milch vor übermässiger Keimbildung zu bewahren. Das wird erreicht, wenn sie nicht über 15 Grad warm wird. Das ist im Juli nicht immer leicht durchzuführen. Wer keinen Keller hat, der stelle die Milchkanne oder =flasche in den Mittagstunden unter die tropfende Wasserleitung oder unter einem nassen, ungebrauchten Aufnehmer ans offene Fenster. (Die entstehende Verdunstungskälte hält die Milch frisch). Fürchtet man, die Milch an sehr heissen Tagen etwa für einen Säugling nicht frisch halten zu können, so koche man für die eine Morgenmahlzeit etwas Milch schnell ab und kühle sofort in Wasser. Es kommt hauptsächlich darauf an, dass vorwiegend rohe Milch geboten wird. Auch kann man etwas gewiegten rohen Salat, Presssaft von Spinat oder Mohrrüben beimischen, der den Schaden des Kochens wieder ausgleicht. (Es bleibt aber immer noch die schwere Verdaulichkeit gekochter Milch.) Zu empfehlen ist für solche Fälle auch die "Kindermilch" in Flaschen. Sie wird gleich in der Molkerei einige Zeit auf 60 Grad erhitzt und dann gut gekühlt. Sie enthält zwar nicht mehr alle Vitamine der rohen Milch, aber ihr Eiweiss ist auch noch nicht so stark verändert, und etwa vorhandene Bazillen wurden wenigstens zum Teil abgetötet.

Also nochmals: möglichst frische Milch von möglichst gesunden Tieren möglichst roh geniessen. So ist sie ein vollwertiges, bekömmliches und naturgemässes Nahrungsmittel. Man soll aber auch die Milch nicht überschätzen. Getreide, Obst und Gemüse geben uns die gleichen notwendigen Aufbaustoffe wie die Milch, ohne den grossen Aufwand der Viehwirtschaft und ohne die mannigfachen Gefahren. Die Ueberschätzung der Milch hat die Landwirtschaft in eine einseitige Produktionsrichtung getrieben, und es wäre im Sinne der Volkswohlfahrt ein Abbau der Viehwirtschaft und dafür ein Aufbau der Getreide=, Obst= und Gemüsekultur dringend erwünscht.

Anni Weber.

SPD. Dreifache Treue. Zwei Filmstatistinnen plaudern in der Aufnahme-pause. "Ich bin meinen Rolf treu", sagt die eine. "Das ist doch keine Kunst", lacht die zweite. "Schwieriger ist es schon drei Männern zugleich die Treue zu halten."

Vitamine und Hormone.^x

SPD. Zwei grosse Gruppen chemischer Stoffe, die im tierischen und menschlichen Körper von ausserordentlicher Bedeutung sind, und deren Existenz und Eigenart man erst in den letzten Jahrzehnten kennen gelernt hat, scheinen nach den Forschungen der letzten Jahre durch enge Beziehungen zueinander verknüpft zu sein; die Gruppe der Vitamine und die der Hormone. Während man vor dreissig Jahren glaubte, die Nahrung diene nur als Brennmaterial im Körper und man könne daher die verschiedenen Nahrungsstoffe nach ihrem Brennwert beurteilen und einen durch den andern nach Massgabe des Brennwertes ersetzen, hat man inzwischen gelernt, dass bei reiner Ernährung mit solchen brennbaren Nahrungsstoffen - wie Eiweiss, Fette, Zucker - Krankheiten entstehen, die dann wieder verschwinden, wenn bestimmte Zusätze zu der Nahrung gegeben werden. In diesen Zusätzen müssen also Stoffe enthalten sein, die auch für den Körper notwendig sind, deren Wert jedoch nicht durch ihren Brennwert bestimmt ist. Ein Beispiel: ernährt man sich ausschliesslich mit geschältem Reis, wie das bei der Bevölkerung Indiens vorkommt, so tritt nach einiger Zeit eine Krankheit auf, die man als Beriberi-Krankheit bezeichnet. Setzt man aber dem Reis die abgeschälte Kleie wieder zu, so tritt die Krankheit nicht ein, bzw. die eingetretene Krankheit heilt. In der Kleie ist also ein Stoff enthalten, den man als Vitamin bezeichnet, und den man, da man über die chemische Beschaffenheit des Stoffes zur Zeit seiner Entdeckung keinerlei Vorstellungen hatte, einfach mit einem Buchstaben B bezeichnet hat. Durch systematische, immer wieder abgeänderte Fütterungsversuche, hauptsächlich an Ratten, hat man im Laufe der Jahre bisher sechs Vitamine kennen gelernt, die man mit den Buchstaben A, A₁, B₂, C, D, E bezeichnet hat. Da man auch heute noch von der Mehrzahl von ihnen nicht weiss, in welche chemische Gruppe von Stoffen sie gehören, sie also mit chemischen Verfahren nicht erfassen kann, so ist die Bestimmung des Vitamingehaltes der verschiedenen Nahrungsmittel sehr mühselig. Man ist lediglich auf Fütterungsversuche angewiesen, bei denen man einer vitaminfreien Nahrung die zu untersuchenden Stoffe zusetzt und dann beobachtet, ob eine Vitaminmangel-Krankheit auftritt oder nicht. Solche Vitaminmangel-Krankheiten sind zum Beispiel die Rachitis, der Skorbut, der Kinderskorbut, gewisse Augenerkrankungen bei Kindern, Störungen des Wachstums u.a.

Die zweite Gruppe der biologisch wichtigen Stoffe, von denen hier die Rede sein soll, die Hormone, sind Stoffe, die dem Körper nicht mit der Ernährung zugeführt werden müssen, sondern die der gesunde Körper selbst herzustellen vermag, und zwar in bestimmten Organen, den sogenannten Blutdrüsen oder Hormondrüsen. Diese unterscheiden sich von anderen Drüsen dadurch, dass sie nicht, wie z.B. die Schweissdrüsen, einen Ausführungsgang besitzen, durch den der hergestellte Stoff nach aussen abgegeben wird, sondern dass diese Stoffe von den Drüsen direkt ins Blut übergehen, mit diesem im Körper kreisen und dort bestimmte Wirkungen auslösen. Ein solches Hormon z.B. regelt die Höhe des Blutdrucks, ein anderes hält den Gehalt des Blutes an Zucker auf bestimmter Höhe; ein drittes ist verantwortlich für die Entwicklung der Geschlechtsorgane usw. Ebenso wie bei den Vitaminen bewirkt das Fehlen eines solchen Hormons bestimmte Krankheiten, so z.B. das Fehlen des Hormons Insulin die Zuckerkrankheit, des Hormons der Schilddrüse die sogenannte Basedowsche Krankheit. (Glotzaugekrankheit), das Fehlen eines dritten Hormons Zurückbleiben im Wachstum, also Zwergwuchs usw.

Die Forschungen der letzten Jahre haben zwischen diesen beiden wichtigen Stoffgruppen den folgenden Zusammenhang entdeckt. Verschiedene Hormone haben eine ähnliche Wirkung wie Vitamine, und man kann in manchen Fällen die Krankheiterscheinungen, die durch das Fehlen eines Hormons zustande kommen, durch ein Vitamin heilen bzw. umgekehrt. Ein solcher Zusammenhang scheint z.B. zu bestehen zwischen dem oben genannten Vitamin B, dessen Fehlen die Beriberi-

Krankheit verursacht, und einem Hormon, das in der Nebenniere hergestellt wird. Tiere nämlich, die keine Nebenniere mehr besitzen, sterben früher an der Beriberi-Krankheit als andere. Die Nebenniere selbst vergrößert sich bei der Beriberi-Krankheit, und man kann bei dieser Krankheit eine Verminderung der Verbrennung beobachten, die ebenso eintritt, wenn die Nebenniere entfernt wird, und die wieder wettgemacht werden kann, wenn Stoffe aus der Nebenniere dem Tiere einverleibt werden. Ähnliche Beziehungen bestehen zwischen dem Vitamin D, das Rachitis zu heilen vermag, und dem Hormon der Nebenschilddrüse. Beim Fehlen dieses Hormons treten nämlich Krämpfe auf, die zum Krankheitsbilde der sogenannten Tetanie gehören, und eine solche Tetanie kann auch durch Vitamin D geheilt werden. Schliesslich bestehen noch ähnliche Zusammenhänge zwischen dem Vitamin E und dem Hormon der Hypophyse, eines kleinen Anhangs an der Unterseite des Gehirns. Welcher Art alle diese Zusammenhänge sind, lässt sich bisher nicht entscheiden. Dass es sich um die gleichen Stoffe handelt, ist nicht anzunehmen. Wahrscheinlicher ist, dass die Vitamine die Herstellung der Hormone irgendwie begünstigen, sei es, dass sie die Hormondrüsen in irgendeiner Weise zu dieser Bildung anregen, oder sei es, dass sie selbst Bausteine für die betreffenden Vitamine darstellen und so zu deren Bildung beitragen. Die Entscheidung dieser Frage wird den Forschungen der nächsten Jahre vorbehalten sein.

Die Weisheit der Küche.^x

SPD. "Salz und Brot machen die Wangen rot", sagt ein bekanntes Sprichwort. Manche unserer Sprichwörter hauen daneben; dieses hier ist sogar dumm. Von trockenem Brot hat noch kein Mensch rote Backen bekommen, geschweige denn mit einer Salzschrift darauf. Gerade das Salz - ich spreche jetzt vom Kochsalz und nicht von den wertvollen, unentbehrlichen Mineralsalzen - hat es sich gefallen lassen müssen, dass seine Wirksamkeit in unserem Körper einer genauen Beobachtung und Kritik unterzogen wurde. Dabei ist es garnicht gut weggekommen. Die Aerzte haben festgestellt, dass in unserer Küche viel zu viel Salz verwendet worden ist. Zum Schaden unserer Gesundheit. Leider reagiert unser Körper auf die meisten Ernährungssünden so langsam und so spät, dass die Missetäter nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden können. Es ist eine menschliche Schwäche, erst zur Einsicht zu kommen, wenn in dem komplizierten Organismus ein Streik ausgebrochen ist. Hat man also in seiner Familie einen Salzschecker, der das Salzfässchen gewohnheitsmässig schwenkt, bevor er überhaupt gekostet hat, so muss es ihm langsam höher gehängt werden. Ich will keineswegs den ungesalzenen Speisen des Wort reden. Sie sind uns wirklich zu reizlos und nur in der Diät unentbehrlich. Aber wir wollen uns im eigenen Interesse dahin bessern, dass wir täglich nur 3 Gramm Salz verbrauchen. Das ist etwa ein flacher Teelöffel voll. Dieses massvolle Quantum wollen wir aber richtig begeben, denn es kommt oben drein auf das Wie an. Salzt man beispielsweise seinen Braten zu früh, so ist die Folge, dass er zum Aerger der Hausfrau trocken auf dem Tische erscheint. Diese Untugend wird ihm sofort abgewöhnt, wenn das vorsichtig bemessene Quantum mit spitzen Fingern darüber gestreut wird, sobald wir den Braten wenden. Genau so ist es mit den Gemüsen. Ihre volle Nährkraft und der natürliche Wohlgeschmack bleiben ihnen nur erhalten, wenn man sie erst ganz zum Schlusse mit Salz abschmeckt.

Die neuzeitliche Ernährung wird häufig verkannt. Viele glauben gruselig, dass sie zur Erhaltung ihrer Gesundheit künftig nur noch Mohrrüben knabbern sollen. Weit gefehlt! Vernunftmässige Ernährung soll mit den wild verteidigten Lehren einzelner Fanatiker nichts zu tun haben. Wir wollen unsere Nahrung aus allen natürlichen Quellen schöpfen. Aber wir wollen uns mit der neuen Zeit

darin auf guten Fuss stellen, dass wir lernen, den Nahrungsmitteln ihr Kapital an Wertstoffen zu erhalten, damit es unserm Körper zugute kommen kann. In dieser schweren Zeit ist es doppelt wichtig, dass die teuer bezahlten Nährstoffe nicht in Unkenntnis und in aller Harmlosigkeit vernichtet oder ausgelaugt werden.

Wässert man Fleisch und Fische, so büssen sie hierbei schon ein gut Teil ihrer Nährstoffe ein. Blass und entkräftet steigen sie in die Kochtöpfe. Den Forderungen der Gesundheitspflege genügt man völlig, wenn man die Stücke unter der Wasserleitung energisch und von allen Seiten abreibt und abspült. Der so schön gespickte Braten, einstmals der Stolz einer Hausfrau, ist nun aus der Küche verbannt. Das Spicken bewirkt ja genau das Gegenteil seiner Absicht. An den Spickstellen kann der Fleischhaft ungehindert austreten, und zurück bleibt ein trockener, faseriger Braten. Es genügt, fettarmem Fleisch einen Mantel aus dünnen Speckscheiben überzuwerfen; davon profitiert es genügend.

Schlimmer noch wird gegen das Gemüse gesündigt. Hier hängen viele Hausfrauen zäh und beharrlich an alten Ueberlieferungen und wollen es nicht einsehen, dass die Wertstoffe durch das unsinnige Abbrühen erbarmungslos ausgelaugt werden und dann meist ungenutzt im Abguss verschwinden. Ja, dazu hat man die Nahrungsmittel doch nicht gekauft. Gemüse und Obst sind für uns die Träger der Mineralstoffe und Vitamine, die für unsern Körper ganz unentbehrlich sind. Wir wollen künftig unser Gemüse mit möglichst wenig Wasser ansetzen, damit das Wasser ihm nicht seine besten Eigenschaften stehlen kann.

In der Küche kommt es vielfach auf Kleinigkeiten an. So ist es keineswegs eine willkürliche Regel, wenn man bei einem Eintopfgericht verlangt, die Zutaten hübsch ordentlich in den Topf einzuschichten. Man glaubt garnicht, wie sehr solche Ordnungsliebe auf den Wohlgeschmack einwirkt. Hierauf muss neben der Vollwertigkeit alle Liebe verwendet werden, denn ein schmackhaftes Essen ist ja ein Lichtblick in dieser kampfgedurchwühlten Zeit.

Lucie Bürgel (Potsdam).

SPD. 500 Jahre Maccaroni. In Bologna schickt man sich an, ein seltsames Jubiläum zu begehen, das das Interesse der Hausfrauen zu erregen geeignet ist. Im laufenden Jahre 1931 sind 500 Jahre vergangen, seitdem man die Maccaroni und ihre heute beliebten dünnen schlanken Gefährtinnen, die Spaghetti, erfunden hat. Heute erfolgt ja ihre Herstellung fast ausschliesslich fabrikmässig. Etwa um das Jahr 1890 herum konnte man bei einer Fahrt durch ländliche Gegenden in Italien noch sehen, wie selbstgefertigte lange Maccaronischlangen zum Trocknen über Wäscheleinen neben den Häuschen aufgehängt waren. Sie waren natürlich viel länger, auch meist dicker als die heute im Handel üblichen.

SPD. Ein ungleiches Paar. Alexander Dumas der Jüngere war, ebenso wie sein Vater, niemals um eine treffende Bemerkung verlegen. In den Zeitungen kündigte man die Heirat einer bekannten Opernsängerin mit einem Bankier an. Da sagte Dumas zu Bekannten: "Die Beiden werden auch nicht glücklich werden."

"Wieso?" fragte man. "Wissen Sie etwas Näheres...?"

"Das gerade nicht", meinte Dumas. "Aber ich habe noch niemals einen Karnarienvogel und einen Geier im gleichen Käfig gesehen...!"
